

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

219 (20.9.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 1.20 M. Die Restamegeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Eine Aktion gegen die deutsche Presse

Paris, 19. Sept. Nach einer Savas-Nachricht aus London hat die internationalistische Rheinlandsmission beschlossen, die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und dieser doppelten Verwarnung nicht Rechnung getragen haben. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission der deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, das sowohl im besetzten als auch im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufzuheben mit demselben Rechte, wie die gegen die deutschen Behörden gerichteten Angriffe, die jeweils die öffentliche Ordnung zu stören drohen.

Berlin, 20. Sept. In der neuen Verordnung der Rheinlandkommission über die Presse und öffentlichen Ausdrucksformen sind die Blätter ergänzend, daß auch alle Theater- und Kinoveranstaltungen usw. verboten sind, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören, oder die Sicherheit, oder die Würde der Rheinlandkommission oder der Besatzung zu gefährden. In einem Schreiben an den Reichsanwalt stellt die Rheinlandkommission in Aussicht, daß in der Regel vor einem Zeitungsverbot ein Vertreter des Blattes gehört werden sollte. Eine Verpflichtung hierzu wurde jedoch nicht übernommen.

Von Kahr lehnt ab

München, 19. Sept. Wie selbsterklärend, hat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei beschlossen, Herrn von Kahr die Wiederannahme der Ministerpräsidentenämter anzutragen. Zu diesem Zweck hatte sich der Fraktionsvorsitzende Herr von Kahr nach Besprechungen mit dem Reichsanwalt und dem Reichsanwalt in München, um eine persönliche Aussprache mit dem bisherigen Ministerpräsidenten zu haben und ihm den Antrag seiner Fraktion zu übermitteln. Wie die „Münch. Neuesten Nachrichten“ hören, konnte sich Herr von Kahr nicht entschließen, nochmals das Amt anzunehmen. Die Gründe hierfür dürften die folgenden sein, die ihm bisher zum Ausdruck gekommen sind, die Herr von Kahr zum Rücktritt bewegen haben, also die Formulierung der Beschlüsse nach Berlin, soweit sie sich auf den bayerischen Ausnahmezustand beziehen. Da wohl nicht daran zu denken ist, daß die vom Ständigen Ausschuss gefassten Beschlüsse irgendwie modifiziert werden, und Kahr andererseits darauf bestehen zu müssen glaubt, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes im sehnlichen Augenblick nicht verlangt werden könne, so wäre natürlich eine Lösung der Ministerkrise durch die Wiederkehr des Herrn von Kahr, so wie sie zweifellos viele Volksteile am liebsten gesehen hätten, ausgeschlossen.

Zurückziehung französischer Truppen

Berlin, 10. Sept. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September folgende Note überliefert: Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai dieses Jahres in die besetzten Gebiete gefandenen Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende September beendet sein.

(Es handelt sich natürlich hier nicht um Klärung des besetzten Gebietes, sondern nur um Zurückziehung von Truppen, die für den beschriebenen Vormarsch ins Ruhrgebiet bestimmt waren. Die Red.)

Das Garantiekomitee reist nach Berlin

Paris, 20. Sept. Das Garantiekomitee wird sich im Laufe dieser Woche nach Berlin begeben. Das Garantiekomitee hat bekanntlich bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin eine Reihe von Sitzungen abgehalten, an denen Vertreter der deutschen Regierung teilgenommen haben. Im Laufe dieser Sitzungen hat man Erörterungen darüber angestellt, auf welche Weise die letzten Annuitäten in Höhe von 2 Milliarden Goldmark und die variablen Annuitäten in Höhe von 26 Proz. der deutschen Ausfuhrwerte gedeckt werden können. Man hatte ins Auge gefaßt, Lieferungen in Natur und Eintreibung gewisser Steuern. Man wendete ebenfalls die Möglichkeit, den Einfluß der Zahlungen in fremden Devisen auf dem Geldmarkt einzudämmen zu können. Die Verhandlungen sind in der Zwischenzeit schriftlich fortgesetzt worden. Das Garantiekomitee rechnet, wie die „Times“ mitteilt, damit, im Laufe seines Aufenthaltes in Berlin alle schwerwiegenden Fragen zu lösen.

Die Mörder Erzbergers

Stuttgart, 10. Sept. Mit aller Bestimmtheit tritt hier das Gerücht auf, daß vorgestern in Berlin zwei Verhaftungen vorgenommen wurden, bei denen man die Mörder Erzbergers ergriffen zu haben glaubt. Die beiden Verhafteten erklärten, daß sie nur vor dem maßgebenden Staatsanwalt Auskunft erteilen. Der Offizier Staatsanwalt ist deshalb gestern abend nach Berlin abgereist.

Zum Erzberger-Mord

München, 19. Sept. Die Untersuchung in der Mordgeschichte Erzbergers ist vorläufig abgeschlossen worden. Außer den bereits namentlich gemeldeten 11 Personen wurde niemand mehr verhaftet. Die hier weilende Untersuchungskommission hat München verlassen. In Baden sollen die Erhebungen fortgesetzt werden. Von den in München festgenommenen 11 Personen bleiben 5 weniger belastete in München in Polizeihaft, während die anderen 6 Personen, darunter Knilling, nach Offenbach geschickt werden. Ueber die flüchtigen Heinrich Schulz und Heinrich Riffen ist nicht mehr der geringste Zweifel an der Täterrolle. Bisher fehlt aber jede Spur von ihnen.

Sozialdemokratischer Parteitag

Görlitz, 18. Sept.

Drei große Fahnenpaare begrüßten den Parteitag. Am Bahnhof beim Eintritt in die Stadt leuchteten die schwarz-rot-goldenen Fahnen der Republik. Vor der Stadthalle flammten an hohen Masten zwei rote Fahnen. Deutschnationale Fahnenhändler haben sich in der Nacht vor dem Parteitag an ihnen vergreifen, an der linken Fahne die Quasten abgetrennt und ein großes Loch in den Stoff gestickt. Die Wachsamkeit der Görlitzer Parteigenossen und der Schutzpolizei hat einen der Täter dingfest gemacht. Schon lange vor der feierlichen Eröffnungstunde drängen sich die Massen der Zuhörer, der Delegierten und Gäste in die Stadthalle. Bald ist der Raum gefüllt. Kurz nach 6 Uhr beginnen die Klänge der Orgel Vads Teato und Fuge in E-moll und darauf tragen die Görlitzer Sängerkörpers Mannervor „Sturm“ Wirkungsvoll vor, durch reichen Beifall begrüßt.

Nach dem Vortrag eines Prologes von Brezang ergreift, beifällig begrüßt, der Württembergische Reichsarbeiterbewegung, der langjährige Vorsitzende und Reichstagsabgeordneter des Reichs Arbeiter, Genosse Hugo Keller, das Wort, und heißt den Parteitag im Namen der Görlitzer organisierten Arbeiterschaft herzlich willkommen. Er plaudert aus der eigenen Erinnerung über den Aufstieg der Partei im Görlitzer Bezirk, über die jahrelange, opferreiche Arbeit, durch die sie zur jetzigen Macht entwidelt wurde, seit dem Jahre 1888, wo sich die ersten 33 Genossen zur politischen Organisation des Proletariates zusammenschlossen. Erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes tauchen wir uns auch in Görlitz ein eigenes Blatt, und Hermann Müller wird mit gemäßigten Gefühlen an die Zeit zurückdenkt, wo er damals in Görlitz in einem kleinen Raum als Redakteur, Geschäftsführer und Expedient in einer Person arbeiten mußte. (Beifall.) Möge der Parteitag, der in erster Zeit tagt, die Sturmkraft der Partei neu beleben. (Leb. Beifall.)

Hermann Müller: Keller ist einer unserer Ältesten, den der Kampf in der Partei so wunderbar frisch erhalten hat. Wie leicht hat dieser Kampf es ihm überhaupt erst ermöglicht, sich bis in das 70. Lebensjahr so wieder zu erhalten. (Beifall.) Stellers Rede hat uns gezeigt, daß auch in diesem Bezirk die Arbeitermassen auf unserer Seite sind. Wie hat man uns von links her gedrückt, als Partei der Beamten, der Angestellten und Kleinbürger. Aber die letzten Tage, insbesondere die Generaterversammlung des großen Metallarbeiterverbandes in Jena, haben gezeigt, daß die Arbeiter nach wie vor auf unserer Seite sind. (Beifall.) So wird es auch bleiben, und in diesem stolzen Bewußtsein können wir auch in diesem Jahre an das schwere Werk gehen. Wir haben auf diesem Parteitag eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Alle erinnern an die wichtige Programmtage. 50 Jahre lang war das Erörterer Programm ein starker Förderer unserer Bewegung, und wenn auch durch die tatsächliche Entwicklung ein Teil des Programms veraltet ist, so war der Vorzug unserer Bewegung immer der entschlossene Wille zu ihrem Ziel, durch Demokratie zum Sozialismus. Ueber dieses Ziel besteht auch heute nicht der geringste Zweifel. Unsere Politik muß uns diese sozialistische Weltanschauung rein erhalten. (Beifall.) Wenn wir die Mehrheit und die Macht haben, wollen wir unsere sozialistische Weltanschauung rein durchsetzen. Wenn wir heute noch nicht soweit sind, so liegt das nicht zuletzt an der verfluchten Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung. Bis wir zu einer Partei kommen, haben wir noch schwere Arbeit zu leisten, um das reibungslose Staatswesen zu stiften. In den nächsten Jahren ist nur eine Koalitionspolitik möglich, in der sich die Weltanschauungen der beteiligten Parteien nur in Prozenten ausdrücken können. Das sollten sich alle merken, denn das gilt für jede Partei. Was wir zur Festigung unseres republikanischen Staatswesens noch zu leisten haben, haben uns die letzten Wochen deutlich gezeigt. Erzberger, der sich nach dem militärischen Zusammenbruch selbstlos auf den Boden der Republik stellte, ist von seinen Kameraden der Brigade Ehrhardt ermordet worden. (Ausruf.) Die Atmosphäre für den Mord wurde geschaffen durch die infernalische Rede der Deutschnationalen in den letzten Jahren. (Stürmische Zurufe.) Ihnen ist es vorbehalten geblieben, den Mord zum politischen Kampfmittel zu erheben. Es ist Pflicht der Selbsthaltung der Republik, die Mörderzentrale mit allen Mitteln unschädlich zu machen. (Beifall.) In einem Teil Schlesiens liegen die Dinge ebenso schlimm, wie im südbayerischen Sauboden. Dort hieselben und werden dieselben Landsknechte zum Schrecken der friedliebenden Bevölkerung. Wenn die Sozialdemokratie, so hegt behauptet hat, von jeder den Mord gepredigt hätte, so hätte sie nach dem 9. November dazu Gelegenheit gehabt. Aber die Novemberrevolution war die unblutigste Revolution, die die Weltgeschichte gesehen hat. (Sehr wahr!) Die ganze Art, wie die deutschnationale Partei kämpft, hat zu einer solchen Vermilderung der politischen Sitten in Deutschland geführt, daß sie schamlos die Abwehrmittel erschöpft. Das sind wir der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und unserem Ruf im Ausland schuldig. Wir müssen durchsetzen, daß im Reich und in den Ländern eine demokratische Verwaltung durchgeführt wird. Wir müssen auch vor allem auf den Nachwuchs in Verwaltung und Justiz achten. Der kommende Winter wird uns im Reich und in den Ländern schwere und verantwortungsvolle Arbeit bringen. Wir müssen vor allen Dingen, darüber kann kein Zweifel sein, wieder in die preussische Regierung hinein. (Beifall.) Der Weg dazu muß gefunden werden, und wird er nicht gefunden, dann gehen wir nicht nur in den Ländern, sondern auch im Reich in die schärfste Opposition, und werden dann den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben, den Unterschied zwischen der Regierung gegenüber in Reichstag eingetommen haben und dem, was wir unter schärfster Opposition verstehen. (Sehr laut!) Die gesamte Exekutive liegt nach der Reichsversammlung

noch in den Händen der Einzelstaaten. Wir müssen den kommenden Dingen entgegengehen und uns nicht verheßen, daß Kräfte am Werke sind, die es nach einem neuen militärischen Putz gelüftet.

Wir müssen darauf achten, daß der preussisch-bayerischen Militärligue, die in München haust und die in der Zeit der Feuertaube die Gelegenheit zu monarchistischen Experimenten genommen glaubt, das Handwerk gründlich gelegt wird. Der kommende Winter muß die Arbeiterklasse in ständiger Alarmbereitschaft finden. Der Landtag der Provinz Brandenburg hat sogar zur Abwehr der Steuerpläne der Regierung den Steuerungsstreik gegen die Städte empfohlen. Man will die Städte aushungern und ganz besonders den Milchstreik durchführen. (Ausruf.) Willen sich die Herren wirklich ein, daß sich 800 000 organisierte Landarbeiter mit ihnen verbünden und gegen die städtische Arbeiterschaft stehen würden? Sie sollen sich darüber klar sein, daß die Anwendung des Steuerungsstreiks den schärfsten Bürgerkrieg bedeutet.

Das ganze Auftreten der militärischen Alique nützt im Grunde niemand mehr, als den Nationalisten in Frankreich, den Hoch und Kollé, die nur auf das Zuwerden der Wälle warten. Der Aufmarsch der Arbeiter am 31. August hat gezeigt, daß sie die Macht sind und niemand sie ungestraft reizt. Wir müssen uns nicht damit begnügen, von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß wir Herren der Straße sind, wir müssen zeigen, daß wir Herren im Hause sind. (Beifall.) Es gilt diesmal, die Reaktion nicht nur niederzuwerfen, sondern dauernd niederzuhalten. Das ist die große politische Aufgabe, die im kommenden Winter gelöst werden muß. Sie wird uns wohllich nicht erleichtert werden, da unsere ehemaligen Kriegsgegner die Entscheidung über Ober- und Unterdeutschland nicht gefällt haben. Es ist höchste Zeit, daß der demokratische Deutschland auch in Oberdeutschland sein gutes Recht wird. (Leb. Sehr richtig!) Auch die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen sind im Westen immer noch nicht aufgegeben. Sie verheßen gegen das Völkerverbot und selbst gegen den harten Vertrag von Versailles. Von der Aufhebung der Sanktionen hängt auch die endgültige Ordnung im Haushalt des Reiches ab.

Vor uns liegt ein Steuerprogramm von einem Umfang, wie es noch in einem Volke vorgelegen hat. Hier gilt es Konsequenzen zu ziehen und auch diejenigen hart anzufassen, die in vaterlandslosem Geist dem Reiche die Devisen weglaufen, um sie für ihre Zwecke auszunutzen. Wir nennen uns mit stolz die alte Partei. Trotz unseres Alters haben wir unsere Aktivität bis zuletzt gezeigt. Möge die Arbeit des Parteitag, den ich hiermit namens des Parteitag für eröffnet erkläre, uns den Weg erkennen helfen, zum weiteren Aufstieg der Partei und zum Ruhm aller schaffenden Kräfte unseres schwergeprüften Vaterlandes. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Parteitag konstituierte sich. Zu Vorsitzenden werden einstimmig gewählt: Otto Wels und Paul Tauschel. Wels dankt und übernimmt den Vorsitz. Zu Schriftführern werden gewählt: Frau Bollmann-Halberstadt, Vogel-Hamburg, Kuh-Worms, Mader-Dreslau, Emil Fischer-Nürnberg, Zimmermann-Altenburg, Pross-Wien, Frankfurt a. M., Weghe-Berlin, Pinkert-Dresden. Zur Mandatsprüfungs- und Besatzungskommission werden gewählt: Kirchner-Altona, Hartung-Stettin, Girbes-Gagen, Schaffner-Gannover, Trinks-Karlsruhe, Belg-Brandenburg, Hühlich-Nürnberg, Anna Berthold-Kön Wimmer-München.

Ohne Debatte wird die alte Geschäftsordnung wieder genehmigt und die Tagungszeit von 9 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr festgesetzt.

Erste Sitzung

Görlitz, den 19. September 1921.

(Eigener Draft)

Das Interesse an den diesjährigen Verhandlungen des Parteitag zeigte sich am Montag bei der Eröffnung durch den sehr starken Andrang des Publikums zu den Tribünen und durch die Fülle um den Pressetisch, wie diese bisher auf keinem Parteitag gesehen wurde. Man erwartet nach für Montag letzte Auseinandersetzungen über die Frage der Koalitionspolitik, die für das gesamte politisch organisierte Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Vorher spricht Mollenhuth gemäß dem am Sonntag gefassten Beschluß über den Programmturnus. In launiger Weise erinnerte der alte Parteiveteran daran, daß wir schon von mehreren Programmen haben Abschied nehmen müssen und daß die alten Programme immer erst dann als wertvoll anerkannt wurden, wenn sie von neuen abgelöst werden sollten. Programme müssen auswachsen aus der Praxis; sie müssen mit der Entwicklung Schritt halten und dabei stelle das Erörterer Programm von 1888 Mängel dar. Mollenhuth sprach über die Kritik am neuen Programmturnus und erklärte, daß die Kommission bei ihrer Arbeit den Gedanken vorangestellt habe, daß wir ein Programm haben müßten, in dem unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und Entwicklungstendenzen die Forderungen der Sozialdemokratie so klar ausgearbeitet sind, daß es uns gelingt, die Kreise der Arbeiter zu gewinnen, die noch im Lager der bürgerlichen Parteien stehen. Schaffen wir ein neues Programm, um die Kämpfer für ein solches zu sammeln und sie zum Siege zu führen. (Leb. Beifall.)

Nach dem Referat Mollenhuths wurde die Programmkommission gewählt, die aus folgenden 28 Genossen besteht: Bernstein, Adolf Braun, David, Heinrich Günow, Maria Juchacz, Wilhelm Keil, Leuterich, Paul Loebe, Hans Marquardt, Hermann Mollenhuth, Hermann Müller, Max Quard, Alfred Blücher-Stuttgart, Dr. Gust. Kaddbruch, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Seidwitz, Zwidau, Wilhelm Sullmann, Friedr. Stämpfer, Willy Steinloff, Rudolf Wiffell, Edwin-Breslau, Gertrud Hanna, Effe Göts, Hillmann-Hamburg, Antonie Klück, Heinrich Ströber, Otto Braun.

Sodann erstattete Franz Krüger den Bericht des Parteivorstandes.

Er wies zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung der Sozialdemokratie und die anderen Einparteien im Laufe des letzten Jahres genommen haben. Er streifte die Haltung der U.S.P. und kennzeichnete die Aufgaben der Sozialdemokratie, die nach der politischen Macht oder wenigstens nach möglichst großen Teilen dieser Macht streben müßte.

Schutz der Republik, Ablehnung jeder monarchistischen Propaganda, Erfüllung des Friedensvertrages und des Ultimatum, Demokratisierung der Verwaltung, Republikanisierung der Reichswehr und der Polizei.

Für die Durchführung dieses Programms müssen von Seiten der bürgerlichen Parteien Garantien gegeben werden. Wir brauchen Sicherungen, damit wir auch wirklich vorwärts schreiten, denn es muß offen ausgesprochen werden, daß eine Koalitionsregierung eigene Sozialpolitik treiben kann.

Nachmittagsführung

Die Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses zur Frage der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien hat folgenden Wortlaut:

In der deutschen Republik gibt alle Regierungsmacht vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem Ansehen im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was in wirksamer Form durch die Teilnahme an der Regierung geschehen kann.

juden, zur Sicherung der republikanisch-demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Wechselschale zu werfen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Dies ist jetzt umso notwendiger, als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kräfte erfordert.

Anerkennung und Verteidigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde; Demokratisierung der Verwaltungen; Republikanisierung der Reichswehr und der Polizei; Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung; Politik der Wählerverbindungen, soziale Erfüllung des Friedensvertrages in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Ausräumung der dadurch bedingten Leistungen in erster Linie durch weitestgehende Einziehung des Besizes.

Zur übrigen will der Parteivorstand unter Beibehaltung der politischen Verhältnisse mit den in Frage kommenden Parteien über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

Bei der Diskussion über den Bericht des Parteivorstandes sprach an erster Stelle Genosse J.H. Schulz-Berlin über das Bildungsproblem und über die von der Partei geforderte Bildungsarbeit. Er geht ein auf den Dresdener Kulturtag und fordert auf, auf diesen Tag eifrigst weiterzuarbeiten und vor allem der Förderung der Jugendbewegung größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Paul Lange begründet sehr temperamentvoll einen von ihm gestellten Antrag, den Parteigenossen das Tragen der Abzeichen der Republik zur Pflicht zu machen.

Frage der Koalition und der Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei.

Frankfurt, Jena und Breslau sprachen sich scharf gegen jede Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei aus, und lehnen auch die Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses ab. Hamburg, Kiel und andere Bezirke verlangen eine Politik auf dem Boden realer Tatsachen und glauben, daß wir auch gegebenen Falls mit bürgerlichen Parteien, die heute nicht in der Regierung sitzen, zusammenarbeiten können unter Wahrung unserer prinzipiellen Stellungnahme.

Unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses und der Tribünen spricht Scheidemann, der ein festes Bekenntnis zur politischen Mitarbeit im Reich und den Ländern unter der Voraussetzung eines starken Schutzes der Republik ablegt. Zur Sicherung der Republik müssen wir in die preussische Regierung. Es geht nicht weiter, daß im Reichs Reich gegen rechts, in Preußen gegen links und in Bayern ein Kabinett mit bürgerlichen Parteien regiert. Selbstverständlich können wir mit keiner Partei regieren, die den Monarchismus propagiert, aber Parteien und Verbände ändern sich. Eine Koalitionsregierung ist eine Arbeitsgemeinschaft, keine Gesinnungsgemeinschaft. Solange wir nicht die Mehrheit haben und nicht auf unsere Ansprüche an der Regierungsgewalt verzichten wollen, ist eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien unannehmlich. Wir dürfen keine Partei von vornherein von der Regierung ausschließen, sonst dürfen wir schließlich nicht mit dem Zentrum regieren. Wir müssen ein bestimmtes Mindestprogramm fordern und dürfen nicht jene Parteien von der Regierung zurückstoßen, die dieses Mindestprogramm anerkennen. Die Koalitionsregierungen sind das Vergänglichste. Unvergänglich bleibt das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse. Alle wollen wir den Weg zur Einigkeit. Nur über den Weg zur Einigung sind sich viele im Unklaren. Mancher Arbeiter hat nicht den Mut, sich zu dem Schritt durchzurufen, den die Stunde erfordert. Am besten und schnellsten kommen wir zu einer Einigung, wenn die Klassenbewußten Arbeiter sich unserer Partei anschließen, die von den sozialdemokratischen Parteien am besten die Stimme dieser eilt überdauert hat.

Morgen geht die Debatte über den Vorstandsbericht und die Regierungsbildung weiter.

Die Salalbrige Kommission zur Beratung des Parteiprogramms hat heute in einer mehrstündigen Sitzung eine Generalausprache vorgenommen. Es ist noch nicht sicher, ob der Parteitag von Berlin aus schon das Programm bringt, oder ob man sich mit Richtlinien oder einem vorläufigen Aktionsprogramm begnügt.

Sozialdemokratische Reichsfrauenkonferenz

Berlin, 15. Sept.

(Schluß des 1. Tages)

Die zweite Berichterstatterin Frau Schöber spricht über die soziale Frauenarbeit in der Gemeinde.

Soziale Arbeit ist Hilfe und Schutz für das Menschenleben. Signet der männlichen Art mehr der Kampf, so hat die Frau mehr Verständnis dafür, Menschenleben zu schützen und zu bewahren. Hat der Mann mehr Verständnis für Güterwirtschaft und Produktion, so eignet sich die Frau mehr für die Vertiefung des menschlichen Schicksals. Aufgabe der Frau ist der Schutz der Arbeitskräfte, Schutz der ausgebeuteten Mütter, Schutz der heranwachsenden Kinder und Schutz gegen die Vergewaltung des Menschenlebens überhaupt. Es ist Pflicht der sozialistischen Frau, darauf zu achten, daß mit dem einzelnen Menschenleben Menschlichkeit überhaupt. Die Frauen werden naturgemäß vorerst alle Frauenangelegenheiten in ihrem Bereich ziehen. Sie müssen nicht nur gleichen Lohn für die gleiche Leistung, sondern auch gleiche Erwerbsfreiheit fordern. Die Frauenerwerbsarbeit muß nicht eingeschränkt, sondern erleichtert werden, das Geschlecht an sich darf kein Grund zur Entlassung sein. Im Interesse ihrer inneren Freiheit und ihrer Nachkommenschaft muß die Frau sich ihren Unterhalt selbst verdienen. Während der Zeit ihrer Erwerbsbehinderung durch die Mutterschaft muß die Gesellschaft die Versorgung der Frau übernehmen. Zu den wichtigsten Frauenaufgaben in der Gemeinde gehört der Mutterdienst. Es muß hygienische und juristische Beratung erteilt werden. Für den Arbeiterinnenbeschäftigten kann die Frau in der Gemeinde wirksame Vorarbeit leisten, indem sie darauf dringt, daß systematische Untersuchungen über die gesundheitsgefährdenden Wirkungen gewisser Frauenbeschäftigungen angeordnet werden. In den Kreisen der sozialen Frauenarbeit der Gemeinde gehört auch die ganze Fürsorge für die Jugend vom Säugling bis zu den gefährdeten Halberwachsenden. Jene bloße Ermittlungstätigkeit ohne wirkliche Hilfe ruft nur Ablehnung und Bitterkeit hervor. Das kommende Reichsjugendgesetz wird freilich nicht viel mehr enthalten, als den Befehl zur Errichtung von Jugendämtern. Die Errichtung von Krippen ist auch für die Erntezeit auf dem Lande notwendig. Viele Vorteile der Säuglingsfürsorge gehen jetzt noch verloren, weil für die kleinen Kinder nicht besser gesorgt wird. Man muß Heime und Kinderhorte schaffen, in denen die Kinder nicht mehr wie Sachen behandelt werden, die man früh hinbringt, und abends wieder abholt, sondern wo sie monatelang gepflegt werden. Waisenfleher und Waisenschwestern müssen eine ganz andere Stellung erhalten als bisher. Ebenso bedarf es umfassender Fürsorgemaßnahmen für die Säuglinge, z. B. der allgemeinen Anstellung von Säuglings- und Schulpflegerinnen. Der Frau in der Gemeinde fällt aber als ebenso wichtige Aufgabe auch die Fürsorge für Kranke und Schwache zu. Die Frau muß aus sozialen Gründen für Heimstätten, für Wohnungs- und Fabrikhygiene eintreten und den Spitälern, Krankenhäusern und Hauspflegerorganisationen besondere Aufmerksamkeit schenken. (Lebhafte Weisfall.)

Als dritte Referentin spricht Frau Wachenheim-Berlin über Vereinstätigkeit in der Gemeinde.

Mit Recht können die sozialdemokratischen Frauen es ab, in die neutralen Vereine der bürgerlichen Frauenbewegung hineinzugehen, die nicht einmal die einfachsten weiblichen und menschlichen Gefühle zum Ausdruck bringen können. D. V. billigt Befehle lange die Maßregeln von Lehrkräften, die uneheliche Mütter werden, mit der platten Ausrede, daß heute nun einmal die Gesellschaft in der unehelichen Mutterschaft eine immer mehr zu reinen Arbeitgeberorganisationen entwickelt ist für uns kein Platz. Die Wohlfahrtsvereine leisten zum Teil wertvolle Arbeit, aber dennoch müssen wir streng darauf achten, daß nicht minderwertige Vereine Geldmittel aufsuchen. Alle Vereine müssen in die Gemeindevorstände eingegliedert werden. Als Wohlfahrtsverein selbständige Fürsorge zu treiben, lohnt unsere Organisation ab, vielmehr betätigt sie sich im Dienste der öffentlichen Körperlichkeit und stellt ihre Kräfte zur Verfügung. In der Volksbildungsbewegung können wir noch nicht so bald durchsehen, daß die öffentlichen Körperschaften ihre Pflichten anerkennen. Hier brauchen wir auch die freiwillige Mitarbeit weitest Arbeiterfreier. Gegenüber allen Bestrebungen, Volksbildungsämter zu gründen und die ganzen Volksbildungsämter zusammenzufassen, glaube ich dennoch, daß die Bestrebungen zusammenzufassen, glaube ich dennoch, daß die Bildungsarbeit nur vorwärts kommt, wenn wir sie vorläufig

Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Der Kaiser ist der Herr der Welt, sprach die Griechin; was der Wille seiner Ewigkeit anordnet, ist wohlgelutet; so hat man mich gelernt.

Hast du auch schon darüber nachgedacht, daß es dem Menschen ein kostbar Gut ist, sein eigener Herr zu sein?

Nein, sprach Kragedis. Das angeregte Gespräch behagte der Herzogin. Was hat denn, fuhr sie fort, euer Byzantier Maler für einen Bescheid heimgebracht, da er mein Karierte fertigen sollte?

Die Griechin schien die Frage überhört zu haben. Sie hatte sich erhoben und stand am Fenster. Kragedis, sprach Frau Hadwig scharf, antworte!

Da lächelte die Gefragte mild und sagte: Das ist schon eine lange Zeit her, aber Herr Michael Thallelaos hat wenig Gutes von Euch gesprochen. Die schönsten Farben habe er bereit gehalten, so erzählt er uns, und die feinsten Goldblättchen, für jetzt ein reizend Kind gewesen, wie man Euch zum Gemaltwerden vor ihn führte, und es hat ihn feierlich angemutet, als sollt er seine ganze Kraft zusammennehmen, wie damals, als er die Mutter Gottes fürs Athosloster malte. Aber die Prinzessin Hadwig hätte keinen Grund, die Augen zu verdrehen, und wie er eine bescheidene Einwendung erhob, hätten eure Gnaden die Junge gezeigelt und beide Hände mit getrockneten Fingern an die Nase gehalten und ammutig gebrochenem Griechisch gesagt, das sei die rechte Stellung.

Der Herr Hofmaler nahm Veranlassung, vieles über den Mangel an Bildung in deutschen Ländern dran zu knüpfen, und hat einen hohen Schwur getan, daß er zeitweilen dort kein Fräulein mehr malen wolle. Und der Kaiser Basilus hat auf den Bericht hin grimmig in den Bart gekrummt. . .

Laß seine Majestät brummen, sprach die Herzogin. Und siehe zum Himmel, daß er jeder andern die Geduld verleihen möge, die mir damals ausging. Ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, einen Affen zu sehen, aber allem zufolge, was glaubwürdige Männer erzählen, reicht Herr Michaels Abentäuser zu jenen Mitgliedern der Schöpfung hinauf.

Sie hatte inzwischen die Armpolster angelegt, es waren zwei ineinander verstrickte Schlangen, die sich küßten, jede trug ein Krönlein auf dem Haupt. Da ihr unter dem vielen Geschmucke jetzt ein schwerer silberner Pfeil unter die Hände geraten war, so mußte auch er seinen Aufenthalt im Gefängnis des Schreins mit anderem Plaque vertauschen. Er ward in die Mägen des goldfadigen Saacneches gezogen.

Als wollte sie des Schmuckes Wirkung prüfen, ging Frau Hadwig mit großen Schritten durchs Gemach. Ihr Gang war heraufschreitend. Aber der Saal war leer: selbst die Burglabe war von dannen geschlichen. Spiegel waren keine an den Wänden. Der Zustand wohlthätiger Einwirkung überhaupt ließ damals manches zu wünschen übrig.

Kragedis' Gedanken waren noch bei der vorigen Geschichte. Gnädige Gebieterin, sprach sie, er hat mich doch gebauert. Wer?

Des Kaisers Sohn. Ihr seid ihm im Traum erschienen, sagt er, und all sein Glück hat er von Euch erhofft. Er hat auch geweint. . .

Laß die Toten ruhen, sprach Frau Hadwig ärgerlich. Nimm lieber die Laute und sing mir das griechische Liedlein: Konstantin, du armer Knabe, Konstantin, und laß das Weinen!

Sie ist zertrümpert, war die Antwort, und alle Saiten zu Grund gerichtet, seit die Frau Herzogin geruhten, sie. . .

Sie dem Grafen Boio von Burgund an den Kopf zu werfen, ergänte Hadwig. Dem ist nicht zu viel geschehen, 's war gar nicht notwendig, daß er ungeladen zur Reichsfeier Herrn Burtards kam und mir Trost zusprechen wollte, als wär er ein Heiliger. Laß die Laute sitzen.

Sag mir indes, du griechische Goldblume, warum habe ich heut den festlichen Schmuck angelegt?

Gott ist allwissend, sprach die Griechin, ich weiß es nicht. Sie schwieg, Frau Hadwig schwieg auch. Da trat eine jener schüchtern inbaldsollen Frauen ein, wie sie der Selbstkenntnis vorangehen. Endlich sprach die Herzogin: Ich weiß es auch nicht!

Sie schlug mißmutig die Augen nieder: Ich glaube, es geschah aus Langeweile. Der Gipfel uneres Kobenwiel ist aber auch ein gar zu betrübtes Nest — zumal für eine Witwe. Kragedis, weiß du ein Mittel gegen die Langeweile?

Ich habe einmal von einem weisen Prediger gehört, sprach Kragedis, es gäb' mannigfaltige Mittel davor: Säufern, Linsen, Meisen — das beste sei Hasen und Weten.

Da stülpte Frau Hadwig ihr Haupt auf die Kissenweiche Sand, sah die dienstfertige Griechin scharf an und sprach: Morgen reisen wir!

Zweites Kapitel

Die Jünger des heiligen Callus

Des anderen Tages fuhr die Herzogin samt Kragedis und großer Gefolgschaft im lichten Schein des Frühmorgens über den Bodensee. Der See war prächtig blau, die Bimmel flaggten lustig, und war viel Kurzweil auf dem Schiff. Wer sollt auch traurig sein, wenn er über die kristallklare Wasserfläche dahin schwebt, die baumumflossenen Gestade mit Mauern und Türmen ziehen im lanten Wechsel an ihm vorbei, fern dümmern die schneeigen Fjirnen und der Widerschein des weißen Segels verzittert im Spiele der Wellen?

Reines Wuste, wo das Ziel der Fahrt. Sie waren's aber so gewohnt.

Wie sie an der Mündung von Rorschach anfuhr, ließ die Herzogin einlenken. Zum Ufer steuerte das Schiff, übers schwarze Brett stieg sie ans Land. Und der Wasseroller kam herbei, der dort den Welschlandfahrern das Durchgangsgeld abnahm, und der Weibel des Marktes und wer immer am jungen Hafensplatz sesshaft war, sie riefen der Landesherren ein rauhes: Heil Herzogin! Heil Liebel zu die Reichen und gebot ihrem Kämmerer, eilends schritt sie durch die Reichen und gebot ihrem Kämmerer, eilends Silbermünzen auszuwerfen, aber es galt kein langes Verweilen. Schon standen die Kasse bereit, die waren zur Nachzeit insgeheim vorausgeschickt worden; wie alle im Sattel saßen, sprach Frau Hadwig: Zum heiligen Callus! Da schauten sich die Dienstleute verwundert an: Was soll uns die Wallfahrt? Zum Antworten war's nicht Zeit, schon ging's im Trab das hügelige Stück Landes hinauf, dem Gotteshaus entgegen.

Sankt Benedikt und seine Schüler haben die bauliche Anlage ihrer Klöster wohl verstanden. Land ab, Land auf, so irgendwo eine Anstiedlung fest, die gleich einer Festung einen ganzen Strich beherrscht, als Schlüssel zu einem Tal, als Mittelpunkt sich kreuzender Heerstrassen, als Sort des feinsten Weinwuchses: so mag der Vorüberwandernde bis auf weitere Widerlegung die Vermutung aussprechen, daß solches Gotteshaus dem Orden Benedikt zugehöre oder vielmehr zugehöre habe, denn heutigentages sind die Klöster seltener und die Wirtshäuser häufiger, was mit steigender Bildung zusammenhängt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Entlastung der Gerichte. Der Landtagsausschuß für Rechtsplege und Verwaltung führte am Samstag die Beratung des Gesamtentwurfes zur Ausführung des Reichsgerichtes zur Entlastung der Gerichte zu Ende. Das Justizministerium wird ermächtigt, Gerichtsschreiber mit der selbständigen Erledigung von Geschäften auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu beauftragen, die nach landesrechtlichen Vorschriften durch den Richter vorzunehmen sind. Weiter wird es ermächtigt, zu bestimmen, welche Geschäfte an Stelle des Notars oder Grundbuchbeamten ein Sekretariatsbeamter selbständig erledigen darf. Die vom Justizministerium getroffenen Anordnungen sind dem Landtag alsbald vorzulegen.

Norddeutsche Wahlagenten des Landbundes. Die Leitung der Zentrumspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Aus verschiedenen Teilen des Landes kommt die Mitteilung, daß ehemalige Offiziere oder Studenten aus dem Norden sich als Wahlagenten in den verschiedenen Gegenden niedergelassen haben. Ihre Aufgabe scheint zu sein, für den Landbund Stimmen zu sammeln und gegen die bestehende Ordnung Stellung zu nehmen. Wir machen auf diese neundisziplinären Vorkommnisse aufmerksam und bitten unsere Freunde, gar keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir diese nordischen Agenten ablehnen. — Sollten sich diese lästigen Nordländer auch in Arbeiterversammlungen zeigen lassen, werden sie jedenfalls gebührend empfangen und behandelt werden.

Die sieben Wahlkreise. Das badische Landtagswahlgesetz teilt bekanntlich das ganze Land in sieben Wahlkreise. Davon umfaßt der erste Wahlkreis die Kreise Konstanz und Balingen, der zweite die Kreise Waldshut und Lörrach, der dritte den Kreis Freiburg, der vierte die Kreise Offenburg und Baden-Walden (die Kreise Kehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Wolfach, Achern, Baden-Baden, Bühl und Rastatt), der fünfte den Kreis Karlsruhe (die Kreise Bretten, Bruchsal, Durlach, Ellingen, Karlsruhe und Rorheim), der sechste den Kreis Mannheim und der siebente die Kreise Heidelberg und Mosbach.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

I. Jena, 16. Sept. 1921.
Fünfter Verhandlungstag

Die Diskussion über den Geschäftsbericht

wird fortgesetzt.
Auf-Bielefeld (SPD.) eröffnete die dritte Rednergarnitur. Er erinnert daran, daß seine Freunde schon in Stuttgart gesagt haben, daß auch der neue Vorstand durch die Verhältnisse gezwungen sei, sich auf den Boden der praktischen, positiven Gewerkschaftsarbeit zu stellen. Diese Voraussage habe sich bestätigt. Die in Stuttgart angenommene Resolution Dörmann stand nur auf dem Papier, es wurde nicht nach ihr gehandelt. Dettlinghaus gab gestern zu, daß ihr Vorgehen in Stuttgart dem Sachverhalt nicht entspricht. Wir haben Euch nie geholt. (Stürmische Zustimmung der Mehrheit.) „Nur Vieh soll uns zusammenketten, wir freiden aus der Bruderhand!“ Nach diesem Grundsatz handeln wir. Was die Kommunisten wollen, wären Eisenbarren für die Gewerkschaften. Die Kommunisten haben unantwortlich an der deutschen Arbeiterkraft gehandelt. Wir hätten in Deutschland keine Orgesch, keine Stahlhelmorganisationen, wenn... (Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten.) Die Dinge ständen in Deutschland besser, wenn Ihr (zu den Kommunisten) den Kampf der Arbeiter nicht zum gemeinen Strohstümper der Masse gemacht hättet. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die von der USP. eingebrachte Resolution macht viel Worte, enthält aber nichts, was als Programm angesprochen werden kann. Sie ist sehr matt. In unserer Resolution sind die notwendigen Forderungen sehr unrisch aufgestellt. Sie stellt den Boden dar, auf den die beiden sozialistischen Fraktionen treten können. (Lebhafte Beifall.)

Regler-Heilbronn (USP.) meinte, bei einigermaßen gutem Willen wäre ein gemeinsames Vorgehen beider sozialistischen Richtungen möglich gewesen. Was trennt USP. und SPD.? Die Frage Diktatur oder Demokratie ist nicht voll geklärt. Wir haben die Demokratie nie abgelehnt. Wir glauben nur nicht daran, daß nur die Demokratie allein uns den Sozialismus bringt. Balcher sagte, daß der Vorstand vor Kämpfen zurückzuckt. Das ist nicht richtig. So feibel und leichtfertig wie beim Märzputsch kann der Vorstand nicht handeln. (Sehr richtig!) Die Einigung muß auch mit den Kommunisten kommen. Sie wird eintreten, wenn sie sich von Sowjetrußland freimachen. (Beif.)

Brach-Nemtsch (SPD.): Der Verbandstag muß klipp und klar feststellen, wie weit es möglich ist, einen einheitlichen Weg zu marschieren. Die Resolution der USP. richtet ihre Spitze gegen die Kommunisten. Dörmann sagte, daß man nicht von ihnen her den Gewerkschaften eine Parole geben darf. Vor kurzem hat die USP. in dieser Frage eine andere Stellung eingenommen. Am 18. Oktober v. J. erließ die Zentrale der USP. einen Aufruf, der für die gewerkschaftliche Tätigkeit der USP.-Mitglieder bestimmte Richtlinien gab. Was heißt dies anders, als die politische Auffassung in den Gewerkschaften zum Durchbruch zu bringen? Was würde Dörmann sagen, wenn die Mehrheit die Resolution der USP. durchzuführen würde? Das hieße Ausschluß der USP.-Kollegen aus dem Metallarbeiterverband. Ich treue mich, daß die Kollegen der SPD. in dieser Frage einem anderen Standpunkt einnehmen. Wir hatten in der USP. auch eine Gewerkschaftszentrale, die den Parteigenossen Anweisungen gab. Dörmann war der spiritus rektor der Gewerkschaftszentrale der USP. und heute bekämpft er uns, weil wir das gleiche tun. Auch die Kollegen von rechts haben das gleiche getan. Gewiß, sie können sich darauf berufen, daß sie durch das Vorgehen der USP. und der SPD. dazu gezwungen waren. Bleiben wir doch offen und ehrlich! Es wäre verbandsschädigend, wenn man die Kollegen der SPD. außerhalb des Verbandes stellen würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach Brach, der am geschäftigsten von den SPD.-Rednern gesprochen hat, folgte die allgemeine Debatte mit 10 Minuten Redegeld. Die Delegierten besprachen meist Einzelfragen im Organisationsleben. Das Wort wurde fraktionsweise erteilt.

Schlusswort

erhielt dann Dörmann, der zunächst auf Einzelvorschläge einging, um dann zu den großen Fragen Stellung zu nehmen. Die Verschärfung des Haas, daß der Vorstand bei Anstellungen im Verband eine Richtung bevorzuge, sei unbillig. Redner gibt aber zu, daß man über einzelne Anstellungen verschiedener Meinung sein könne, die Ansicht über die Qualifikationen der einzelnen sei ver-

schieden. In der Frage der Ausschlüsse aus dem Verband habe der Vorstand recht getan. Es ist planmäßig, mit Methode, daran gegangen worden, eine Organisation innerhalb der Organisation zu schaffen. Das Verbandsgetriebe ist in hunderten Fällen von den Kollegen der SPD. geschädigt worden. Millionen an Unterstüßungen hat uns das Treiben der SPD. gekostet. Das Schlimmste ist aber, daß dadurch die Widerstandskraft der Kollegen gegenüber den Unternehmern geschwächt worden ist. Gegenüber den Ausführungen von Brach möchte ich sagen: Wer von den Kollegen der SPD. ist eingegangen auf die Streitfrage Moskau oder Amsterdam? Wer ist eingegangen auf die Richtlinien des Parteitagess der SPD.? Wer ist eingegangen auf die Beschlüsse, wie seien sie? Warum nicht, weil man es auf dem Verbandstag gar nicht wagen kann! (Stürm. Zustimmung.) Brach hat Mitteilungen aus den Beratungen im engsten Schilde der Partei gemacht. Sie werden verstehen, wenn ich ihnen auf diesem Wege nicht folge. Ich kann rechtfertigen, was wir getan haben, und auch die Kollegen der SPD. werden unser einmaliges Vorgehen verstehen. Gegenüber den Ausführungen von Haas will ich sagen: Ich möchte nicht Einzelheiten der letzten Jahre aufwählen und dadurch das dünne Band des Zusammenkommens wieder zerschneiden. (Sehr richtig!) Kartellgemeinschaften haben mit Arbeitgemeinschaften nichts zu tun. Wenn die Außenhandelsstelle eine Einrichtung der Regierung ist, dann können wir dort mitarbeiten. (Ja also!) Die Notwendigkeit, im Eisenhandelsstand mitzuarbeiten, haben wir anerkannt. Deutschlands ökonomische Entwicklung ist reif, um von dem Proletariat umgewandelt werden zu können zu einer sozialistischen Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe immer gesagt, daß wir uns auf den Boden der ökonomischen Tatsachen stellen müssen. Die Kollegen der SPD. sagen, und siehe der Mühsam Kampf, die Konsequenz. Nein, das fehlt uns nicht.

Am Schlusse seiner über zweistündigen Ausführungen besprach Dörmann die vorliegenden Resolutionen. In ihnen Resolutionen hätte die SPD. jeden Hinweis auf Moskau vermieden. Wo bleibe da der Mühsam und die Konsequenz? Die Resolutionen der SPD. und der USP. enthalten nichts was man nicht gemeinsam annehmen könnte. Ich hoffe, daß die Zeit bald kommt, wo wir aller wieder in Reih und Glied festen Schrittes auf dem Boden des proletarischen Kampfes, proletarischer Treue zusammenwirken. (Stürmischer Beifall.)

Um 1 1/2 Uhr trat die Mittagspause ein.

Nachmittags- und Abendtag

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Brach Kenntnis von einer Erklärung der SPD.-Fraktion auf die Anfrage des Kollegen Kummer, wie sie sich zu den gewerkschaftlichen Richtlinien des Jenaer Parteitages der SPD. stelle.

Die Richtlinien des Jenaer Parteitages für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften verpflichten die Kommunisten nicht zur Durchführung des Verbandstatutes oder irgend welcher Verbandsbeschlüsse. Wir halten es für unsere Pflicht, die seit Monaten von Gewerkschaftsorganen und dem Vorstand verbreiteten Behauptungen, die Kommunisten wollten Beschlüsse der Organisation durchbrechen oder die Gewerkschaften auf Anweisung von Moskau oder ihrer Parteizentrale verlassen, als Verleumdung zurückzuweisen. Wir erklären aber weiter, daß wir uns nicht das Recht nehmen lassen, innerhalb der Grenzen des Verbandstatutes auf die Änderung der nach unserer Meinung falschen Verbandsbeschlüsse hinzuwirken.

Dann wurde zur Erledigung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge geschritten. Der größte Teil der Anträge wird als durch die zu beschließende allgemeine Resolution, deren Wortlaut von Vertretern der SPD. und USP. noch feilgelesen wird, als erledigt betrachtet. Ein weiterer sehr großer Teil der Anträge wurde dem Vorstand zur Verurteilung zugewiesen. Die Anträge überwiegen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, folgende Beschlüsse an die zuständigen Stellen zu versenden: 1. Aufhebung des Verbandsstatutes, 2. Aufhebung der Sondergerichte, 3. Aufhebung der Orgesch. Mit großer Mehrheit für die Annahme, der dem Vorstand verpflichtete, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Verurteilung von Kriegsmaterial und Kriegsmaterial zu unterbinden.

Die Generalversammlung trat hierauf in die Statutenberatung

ein. Für die Statutenberatungskommission berichtete Thurn-Klein, der zunächst den Standpunkt der Kommission zu grundsätzlichen Fragen präzisierte. Einen Abbau der Unterstüßungen hat die Kommission einstimmig abgelehnt. Sie schlägt eine wesentliche Erhöhung der Beiträge und der Unterstüßungssätze vor. Die Beiträge sollen in der 1. Klasse von 3 auf 4 M. und in der 2. Klasse (weibliche und jugendliche Mitglieder) erhöht werden. Eine dementsprechende Erhöhung der Erbschaftsteuer, die Klasse, die Streit- und Gemahrgeldunterstützung erfahren. Die Umzugsunterstützung und das Sterbegeld sollen nicht erhöht werden.

In diesen Bericht schloß sich eine Generaldiskussion, die halb durch die Spezialberatung abgelöst wurde.

Abends 9 Uhr wurden die Verhandlungen beendet.

Jugend und Sport

Wieder ein neuer Streiter. In Obergrombach ist der Fußballklub „Allemannia“ dem Arbeiter-Turn- und Sportbund beigetreten. Dem jungen Streiter ein gutes Glück und Gedulden!

Kleine Nachrichten

Kandel. In der Abteilung „Waldschäfer“ des hiesigen Gemeindefeldes wurde ein Liebespaar, der 20 Jahre alte Karl Rabinger und die 15 Jahre alte Lina Kuber, beide von Kandel, erschossen aufgefunden. Rabinger hatte die Kuber und dann sich mit einem Revolver getötet.

Dronheim. Ein Sonderzug, der die Teilnehmer bei der Eröffnung der Dore-Bahn südwärts brachte, stieß aus unbekanntem Ursache am Südbahnhof des Mareis-Tunnels mit einem fahrgastbesetzten Zug zusammen. Die beiden ersten Wagen des Sonderzuges wurden vollständig zerrinnert. Sechs Personen fanden den Tod. Auch viele Verwundete sind zu verzeichnen.

Stuttgart. Das württembergische Landespolizeiamt macht durch Plakatschlag bekannt, daß Schulz und Allesen die beiden Mörder Erbergers, vom 14. bis 17. August ds. Js. unter ihren richtigen Namen im Gasthaus zum „Bädelchen“ in Stuttgart und am 19. August unter dem Namen Rudolf Bielele in Stuttgart, aus Würzburg und Ernst Beckner, Kaufmann aus Jena, im Gasthaus zum „Engel“ in Elm gewohnt haben. Gleichzeitig werden die Bilder der Weiben veröffentlicht.

Einbau. Der 23jährige verheiratete Tagelöhner Ludwig Schmal aus Belsch bei Einbau wurde vom Volksgericht Kempen zum Tode verurteilt. Er hatte den Tagelöhner und Händler Peter „der“ niedergeschlagen, weil er sich beim Verkauf seiner Einrichtung überboten glaubte.

Meina. Die Stadterordnetenversammlung in Rating bewilligte zur Vertilgung der Ratten und Mäuse, die in erschreckender Weise überhand nehmen, vorläufig die Summe von 100 000 Mark.

Frankfurt a. M. Hohe Belohnung ist auf die Ergreifung von Tätern ausgesetzt, die in Niederhaußen bei Frankfurt a. M.

eine unbewohnte Villa anströmten. Es wurde eine Masse Silberzeug, Servierplatten, 80 verschiedene silberne und vergoldete Köffel, Kleider und anderes im Gesamtwert von 400 000 M. gestohlen.

Vermerheim. Die Befestigungsanlagen, die 1894 unter d. Schauss begonnen wurden, sind zum großen Teil bereits geschlossen; doch dürfte der vorgesehene Termin 1. 10. 21. wohl nicht ganz eingehalten werden können. An acht Stellen ist der Wall niedergelegt. Die Vorkerter und Feldbefestigungen sind geschlossen und die langen Befestigungsgräben zugeschüttet. Hunderte von Arbeitern, z. T. Erwerbslose, sind mit der Einbringung der Wälle beschäftigt. Ein Teil des Baumaterials darf für Hofen und Wohnbauten in Speyer verwendet werden, anders wird durch Sprengungen zerstört.

Berlin. Wie der „Berl. Volksanzeiger“ aus Liebenberg in der Mark meldet ist Fürst Philipp von Eulenburg im 75. Lebensjahr gestorben.

Berlin. Wie die Blätter melden, wurde eine vom Verein der Bernauer und Umgegend gestern in Bismarcksdorf bei Bernau veranstaltete Tannenbergfeier von Angehörigen der Linksparteien gesprengt.

München. Auf dem Oktoberfest auf der Theresienwiese brach heute nachmittag der Boden einer mit Menschen dicht angefüllten Plattform eines Ausschütturms. Durch den Sturz in die Tiefe wurden, wie verlautet, 30 Personen zum Teil schwer verletzt.

Berlin. Der Gemeindevorsteher von Heseland, Bürgermeister Pagen, legte sein Amt nieder. Er galt als einer der ersten, welcher mit der Austragung von Deutschland sympathisierte.

Berlin. Der verhaftete Frauenmörder Großmann hat jetzt einen neuen Mord an einem Mädchen gestanden. Seine Wohnungsnachbarin Frau Jäger wurde wegen Beihilfe verhaftet. Großmann hat bereits eine 14jährige Juchtschütze wegen Notzucht hinter sich. Zwei seiner Brüder sind sadistische Verbrecher.

Genf. Zwischen einem Demonstrationszug der allgemeinen Gewerkschaften und der Straßenbahn, die rote Fahnen mitführte, und der Polizei kam es zu Zusammenstößen. Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.

Zur Einführung der Familienversicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe

Von W. Gaf, Gewerkschaftssekretär

Schon fast 20 Jahre sind verfloßen, daß sich Vorstand und Generalversammlung der Allgem. Ortskrankenkasse mit der Einführung der Familienversicherung befaßten. Leider fanden den damaligen Bestrebungen auf Gewährung freier ärztlicher Hilfe an die Angehörigen der Kassenmitglieder stets die hohen arztlichen Forderungen gegenüber, woran dann immer die Einführung scheiterte. Natürlich erfordert die Gewährung ärztlicher Hilfe auch auf beschränkte Zeit (13 Wochen), heute mehr Mittel wie früher, doch sind die Verhältnisse zwischen Krankenkassen und Ärzten seit dem Schiedspruch im Reichsarbeitsministerium vom 1. Juni 1920 in bezug auf die Abgeltung der ärztlichen Leistungen bei Familienangehörigen von Kassenmitgliedern auch geregelt, so daß es bei der Anschaffung der ärztlichen Behandlung auf die Familienangehörigen der Kassenmitglieder weiterer Verhandlungen nicht bedurfte.

Da die Ortskrankenkasse Karlsruhe durch die geschiederten Verhältnisse nicht in der Lage war, freie ärztliche Hilfe an die Angehörigen der Mitglieder zu gewähren, wurden für die Familienangehörigen sonstige, nach der R.V.D. zulässige Mehrleistungen zur Einführung gebracht. So wurde für die verheirateten Ehefrauen der Mitglieder freie Gebarmantenhilfe gewährt, Sterbegelder für Ehefrauen und Kinder eingeführt, das Sterbegeld der Kassenmitglieder wurde auf den 25fachen Betrag des Grundlohnes erhöht, das Hausgeld für im Krankenhaus, in einer Heilanstalt oder Erholungsheim untergebrachte Kassenmitglieder, welche aus ihrem Arbeitsverdienst Angehörige unterhalten mußten, wurde auf 60 Prozent des Grundlohnes erhöht, des weiteren wurde ein Zuschlag für ledige Kassenmitglieder, welche in einem Krankenhaus usw. untergebracht wurden, beschlossen. Die Wochenhilfe und Wochenfürsorge für Familienangehörige von Kassenmitgliedern ist durch Besch. vom 26. Sept. 1919 und 7. Juli 1921 als Pflichtleistung den Krankenkassen übertragen worden.

Die gesetzliche Einführung der Familienversicherung, d. h. die Gewährung freier ärztlicher Hilfe und Medikamente an die Angehörigen der Kassenmitglieder wurde nach dem Kriege immer dringender, da die Arzt- und Apothekerkosten eine solche Höhe erreicht haben, daß es einer Arbeiterfamilie schlechterdings unmöglich geworden ist, aus dem Verdienst diese Ausgaben zu bestreiten. Der Reichstag, der bad. Landtag, die Gesellschaft für soziale Hygiene und der Hauptverband deutscher Krankenkassen befaßte sich wiederholt mit dieser wichtigen sozialen Frage, und waren aller der Ansicht, daß die gesetzliche Einführung der Familienversicherung sobald wie möglich durchgeführt werden mußte.

Wenn nun auch die Familienversicherung bei der schon lange in Aussicht stehenden großen Reform der R.V.D. als Pflichtleistung den Krankenkassen aufgetragen wird, so glaubte doch der Vorstand und Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse nicht mehr länger zu warten zu sollen, um wenigstens den wichtigsten Teil der Familienversicherung, die Versorgung der Familienangehörigen der Kassenmitglieder mit ärztlicher Hilfe, schon vorher seinen Mitgliedern zu lassen. Deshalb beschloß der Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse im Mai ds. Js. der Vorlage des Vorstandes, welche die Leistung an die Familienangehörigen ab 1. Oktober vorsah, seine Zustimmung zu geben.

Um die Aufwendungen für die Gewährung der freien ärztlichen Behandlung an die Ehefrauen und Kinder bei der Entlassung aus der Volkshilfe decken zu können, wurde eine Beitragserhöhung von 1/2 Prozent beschlossen, und zwar ab 1. Juli ds. Js. Die Mehreinnahmen durch diese Erhöhung werden im Jahre rund 847 000 M. betragen. Für die ärztliche Behandlung der Familienangehörigen auf die Dauer von 13 Wochen im Kalenderjahr wurde der Betrag von 465 000 M. vorgesehen, während für erhöhte Krankenhausteile 200 000 M. für erhöhte Wochenfürsorge 80 000 M. und erhöhte Verwaltungskosten 100 000 Mark vorgesehen wurden.

Leider werden alle diese Summen nicht mehr ausreichen, da die Stadt die Verpflegungskosten im Krankenhaus ab 15. September von 22 M pro Tag auf 30 M erhöht hat, welche Erhöhung der Kasse wiederum mindestens 200 000 M. Mehrausgaben bringen wird. Durch das mit dem 7. August in Kraft getretene erweiterte Wochenfürsorgegesetz werden die vorgesehenen 80 000 Mark ebenfalls nicht ausreichen. Auch der vorgesehene Betrag von 465 000 M. für ärztliche Behandlung der Familienangehörigen wird durch inzwischen erfolgte Erhöhung der Arzthonore nicht genügen, und die Kosten für vermehrte Verwaltungsaufwand von 100 000 M. werden kaum ausreichen, da die verteuerte Lebenshaltung auch einen erhöhten Aufwand an Gehältern für die Angestellten bringen wird. Alle diese unerfreulichen Tatsachen müssen aber zurücktreten und überwunden werden, wenn es gilt, für die große Masse der werktätigen Bevölkerung auf dem Gebiete der Volksgesundheit Posten zu schaffen.

Nach den bisherigen Erfahrungen und Beobachtungen in anderen Krankenkassen ist es nicht ratsam, bei der Einführung der

Familienhilfe auch gleich die Arzneien als Regelleistung mit einzuschließen, denn die Verschleifung der Kasse würde eine so gewaltige sein, daß die ganze Einrichtung sofort gefährdet würde. Es haben also ab 1. Oktober die versicherungsfreien (weder zwangs- noch freiwillig versicherten) Familienmitglieder des Kassenmitglied, welche in seinem Haushalte leben, nämlich die Ehefrau und die Kinder, bis zur Entlassung aus der Volksschule vom Beginn der Krankheit ab und für die Dauer von nicht über zusammen 13 Wochen im Laufe eines Kalenderjahres freie ärztliche Behandlung durch die im Amtsbezirk Karlsruhe wohnhaften Kassenärzte.

Werden außerhalb des Kassenbezirks wohnhafte Kassenärzte in Anspruch genommen, so werden auf Vorlage der Spezifizierten und quittierten Arztrechnung nebst Bescheinigung über Art und Dauer der Krankheit die Sätze bezahlt, wie sie von den im Kassenbezirk wohnhaften Kassenärzten zu berechnen gewesen wären. Ist die Aufnahme der Ehefrau oder eines Kindes des Kassenmitglied in ein Krankenhaus notwendig, so wird als Ersatz für die ärztliche Leistung $\frac{1}{2}$ der Verpflegungskosten auf die Dauer von 13 Wochen erstattet. Dieser Berechnung ist der jeweilige Verpflegungssatz des städt. Krankenhauses in Karlsruhe zu Grunde zu legen. Die Zeit der etwa vorher stattgefundenen ärztlichen Behandlung wird in Abzug gebracht. Da die Verpflegungskosten im städt. Krankenhaus jetzt 30 M. pro Tag betragen, stellt sich der Zuschuß für eine erwachsene Person auf täglich 7.50 M.

Das Sterbegeld für die Ehefrau des Kassenmitglied wird auf $\frac{1}{2}$ für ein Kind im Alter unter 14 Jahren auf $\frac{1}{4}$ des für das Kassenmitglied festgesetzte jahresgemäße Sterbegeld bemessen. Das Sterbegeld im Betrage des 25fachen Grundlohnes beträgt zurzeit für:

Zohnstufe und Verdiensthöhe	Grundlohn	das Kassenmitglied	Die Ehefrau	Kindern unter 14 Jahren
I. bis 2.99 M.	2.-	50.-	20.-	12.50 M.
II. 3.00 - 4.99 "	4.-	100.-	40.-	25.-
III. 5.00 - 6.99 "	6.-	150.-	60.-	37.50 "
IV. 7.00 - 8.99 "	8.-	200.-	80.-	50.-
V. 9.00 - 10.99 "	10.-	250.-	100.-	62.50 "
VI. 11.00 - 12.99 "	12.-	300.-	120.-	75.-
VII. 13.00 - 14.99 "	15.-	375.-	150.-	93.75 "
VIII. 15.00 - 16.99 "	18.-	450.-	180.-	112.50 "
IX. 17.00 - 18.99 "	21.-	525.-	210.-	131.25 "
X. 19.00 - 21.99 "	24.-	600.-	240.-	150.-
XI. 22.00 - 27.99 "	27.-	675.-	270.-	168.75 "
XII. 28.- u. m.	30.-	750.-	300.-	187.50 "

Das Krankengeld beträgt bei Mehrleistungen täglich einschließl. Sonn- und Feiertage in der I. Lohnstufe 1.20 M., II. 2.40 M., III. 3.60 M., IV. 4.80 M., V. 6.00 M., VI. 7.20 M., VII. 8.40 M., VIII. 10.80 M., IX. 12.60 M., X. 14.40 M., XI. 16.20 M., XII. 18.- M.

Das Hausgeld beträgt bei Mehrleistungen in der I. Lohnstufe täglich 0.90 M., II. 1.80 M., III. 2.70 M., IV. 3.60 M., V. 4.50 M., VI. 5.40 M., VII. 6.30 M., VIII. 8.10 M., IX. 9.45 M., X. 10.80 M., XI. 12.15 M., XII. 13.50 M.

Das Krankengeld (sogen. Taschengeld für Lebige) beträgt in der I. Lohnstufe täglich 0.30 M., II. 0.60 M., III. 0.90 M., IV. 1.20 M., V. 1.50 M., VI. 1.80 M., VII. 2.10 M., VIII. 2.40 M., IX. 2.70 M., XII. 3.00 M.

Es ist zu beachten, daß die ärztliche Behandlung der Familienangehörigen Sterbegelder für die Ehefrauen und Kinder des Kassenmitglied erst nach einer 26 wöchentlichen Mitgliedschaft bei der Kasse, oder auf Nachweis des Kassenmitglied, daß es in den letzten 12 Monaten bereits Anspruch auf mindestens 26 Wochen Mehrleistungen bei einer anderen Krankenkasse hatte, gewährt werden.

Das tägliche Krankengeld in obiger Höhe (60 Prozent des Grundlohnes), das Hausgeld (75 Prozent des Krankengeldes), sowie das Taschengeld (1/10 des Grundlohnes) für Lebige wird in obiger Höhe nur gewährt, wenn eine 26 wöchentliche Mitgliedschaft vorhanden oder das Kassenmitglied schon vorher bei einer anderen Krankenkasse Mehrleistungen zu beanspruchen hatte. Ist dies nicht der Fall, beträgt das Krankengeld nur 50 Prozent des jeweiligen Grundlohnes und zwar nur für Werktage, das Hausgeld nur 50 Prozent des Krankengeldes, und Taschengeld wird keines gewährt.

Der Anspruch der Kassenmitglieder auf Familienhilfe und andere Mehrleistungen hört mit dem Tode des Auscheidenden aus der Kasse auf. Deshalb kann nicht dringend genug geraten werden, beim Auscheiden aus der Kasse sich sofort freiwillig weiterzubestimmen, sofern die Kassenmitglieder nicht von der Erwerbslosenfürsorge weiter gemeldet werden. Ist ein Kassenmitglied abgemeldet, hat es nach § 214 der A.-D. nur innerhalb der nächsten 8 Wochen Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, sofern es erwerbslos ist, und innerhalb der letzten 12 Monate für mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert war.

Da die Wochenhilfe und Wochenfürsorge für die Familienmitglieder gesetzlich geregelt ist, hat die Krankenkasse es nicht mehr nötig, für diesen Zweck der sozialen Fürsorge Mehrleistungen einzuführen, da nicht nur die Versicherten selbst, welche im letzten Jahr vor der Wiedereintritt mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert waren, Anspruch auf ärztliche Behandlung bei der Entbindung, Wochengeld, Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 M. sowie Stillgeld haben, sondern auch die Frau des Versicherten, sowie jede Tochter oder Stiefmutter, die mit dem Versicherten im letzten Jahre vor der Wiedereintritt mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist.

Aber auch jede minderbemittelte Deutsche, die keinen Anspruch als Selbstversicherte oder als Familienmitglied eines Kassenmitglied hat, erhält Wochenhilfe, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamtvermögen, oder falls sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von zehntausend Mark (bisher 4000 M.) nicht übersteigt hat. Für jedes vorhandene Kind kommen dazu noch 500 M.

An Wochenhilfe ist zu gewähren: Für Mitglieder einer Krankenkasse, sofern dieselben obige Karenzzeiten absolviert haben: 1) Ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich ist. Diese Bestimmung tritt erst in Kraft, sobald die erforderliche Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen erreicht ist. Solange dies noch nicht der Fall ist, erhalten die Wöchnerinnen eine bare Beihilfe für Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden in Höhe von 50 M., 2. Einen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 500 M. (bisher 50 M.), 3. Wochengeld für zehn Wochen in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4.50 M. täglich (bisher 1.50 M.), 4. Stillgeld, falls die Wöchnerin ihr Kind stillt, für zwölf Wochen in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1.50 M. täglich (bisher 75 M.).

Für Familienangehörige und Minderbemittelte wird obige ärztliche Behandlung ebenfalls gewährt, und, solange ein Abkommen mit den Ärzten nicht getroffen ist, teilt die Krankenkasse die Kosten der ärztlichen Behandlung den Beiträgen zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 M., und ein Wochengeld auf die Dauer von zehn Wochen im Betrage von täglich 3 M. Das Stillgeld für Familienangehörige des Kassenmitglied und für Minderbemittelte beträgt 1.50 M. täglich auf die Dauer von 12 Wochen.

Der Antrag zur Erlangung der Leistungen der Wochenhilfe resp. Wochenfürsorge stellen die selbstversicherten Kassenmitglieder und Familienangehörigen von Kassenmitgliedern an die betr. Krankenkasse. Die Minderbemittelten müssen ihre Anträge an das Versicherungsbüro ihres Wohnortes oder ihres Bezirks stellen. Die Auszahlung geschieht in beiden Fällen durch die Krankenkasse.

Es ist ratsam, den Antrag möglichst frühzeitig vor der Entbindung zu stellen. Stirbt eine versicherte Wöchnerin oder ein anspruchsberechtigtes Familienmitglied bei der Entbindung oder während der Unterstützungsberechnung, so werden die noch verbleibenden Beiträge an Wochengeld und Stillgeld, welche anderenfalls an sie gezahlt worden wären, an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt. Stirbt das anspruchsberechtigste Familienmitglied vor der Entbindung der Ehefrau oder einer Tochter, so wird die Wochenhilfe trotzdem gewährt, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

Die Wochenhilfe wird unter allen Umständen nur einmal gewährt. Ist eine Wöchnerin bei mehreren Kassen versichert, oder ist sie und ihr Mann oder der Vater und die Tochter versichert, so erhält sie lediglich die für ihre Person aus ihrer Versicherung sich ergebenden Beiträge nur von einer Krankenkasse.

Es ist natürlich Neuland, welches die Allgemeine Ortskrankenkasse mit der Einführung der Gewährung freier ärztlicher Behandlung an die Familienangehörigen betrifft, denn jede einzelne Leistung der Ärzte muß nach den vertraglichen Abmachungen bezahlt werden. Es muß von den Kassenmitgliedern verlangt werden, daß sie in ihrem und im Interesse der Kasse ihre Familienangehörigen dahingehend belehren, daß der Arzt nicht unnötigerweise in Anspruch genommen wird, und wo der Arzt in der Sprechstunde konsultiert werden kann, dies geschieht, und nicht den Arzt in die Wohnung kommen lassen, da hierdurch die Kosten erheblich größer werden.

Durch die Einführung der Familienversicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse haben die besonderen Ortskrankenkassen für Handwerkerbetriebe, der Metzger und Bäcker auf 1. Oktober ihre Auflösung beschlossen. Die Ortskrankenkasse für Dienstboten wird voraussichtlich auf 1. Oktober geschlossen werden, da die Kasse mit dem gesetzlich zulässigen Höchstbeitrag von 10 M. ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Hierdurch kommen wir in der Stadt Karlsruhe der Zentralisation der Krankenkassen ein gutes Stück vorwärts, denn es wird dann neben den bestehenden Betrieben und der Bauernvereinskrankenkasse nur noch eine große Allgemeine Ortskrankenkasse mit ungefähr 40 000 Mitgliedern geben.

Es ist zu hoffen, daß die Einführung der freien ärztlichen Behandlung der Familienangehörigen der Kassenmitglieder zur Volkswohlfahrt und Volksgesundheit beitragen wird, und daß die fernenden Erfahrungen auf diesem Gebiete dazu dienen mögen, den Angehörigen der Kassenmitglieder weitere Vergünstigungen zu gewähren.

Aus dem Lande

Reidenbach bei Ellingen, 18. Sept. Trotzdem man es nicht für möglich halten sollte, daß es heute noch Leute gibt, die an Hererei, Dufelsausstreibung und an all den Aberglauben des Mittelalters glauben, müssen wir doch feststellen, daß hier ein Herenmeister sein Unwesen treibt, und daß es hier Leute gibt, die sich von dem Treiben dieses Menschen narren und beeinflussen lassen. Wurde doch sogar unser Karzer vergangener Sonntag in seiner Pracht seine Zuhörer ermahnen, daß diesen Aberglauben fallen zu lassen, er forderte die Männer auf, sie mögen den Reichenbach nehmen und den Herenbannern, wenn er ins Haus käme, so lange bearbeiten, bis er sein Handwerk lasse. Das Schöne ist aber nur, daß sich der Herr Herenbannern durch diese geistliche Ermahnung - beleidigt fühlt und im Pfarrhaus vorstellte wurde. Er behauptete dem Karzer gegenüber, er glaube fest, daß es in Reichenbach Leute gäbe, die mit dem Teufel im Bunde stünden. Der Herr Karzer versetzte aber nicht, dem Herenmeister die gehörige Absolution zu erteilen. Man kann dem Herrn Karzer zu seinem Verhalten nur beifügen. Das Treiben des „Herenmeisters“ ist weiter nichts als ein großer Aufzug, darauf beruht, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Es sollen zur Zeit nicht weniger als 40 Doren in unserm Orte sein; in der Dämmerung erscheint der Herenbannern und heftet an die Stalltür oder Stubentür des Hauses, in dem die Herze sein soll, einen Jettel, dem verdammt er wider, nachdem er sein Verdict empfangen. Wir meinen, es wäre höchste Zeit, daß die Behörde dem Unfug ein Ende bereite, wenn die hiesigen Bürger es nicht fertig bringen, dem Bauernfänger das Handwerk zu legen.

Florsheim, 17. Sept. In den letzten Tagen wurde hier ein Beamter vorhaftet der bei Hausdurchsuchungen wegen Falschmünzerei mitwirkte. Er wird beschuldigt, daß er sich bei dieser Gelegenheit eine Anzahl 50 Markscheine angeeignet und diese später verausgabte.

Reichheim (Amt Kastell), 19. Sept. Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl wurde Maurermeister Karoz Ritter zum Bürgermeister gewählt.

Reichheim, 19. Sept. Hier herrschte gestern ein schweres Sturmwetter, das allerhand Schaden anrichtete. Die Königshausenwarte maß eine Windstärke von 20-30 Meter in der Sekunde, die gestern durchschneidend den ganzen Tag anhielt.

Reichheim, 19. Sept. Der 18jährige Metzgerlehrling Anton Stefan aus Limbach (bei Rosbach) geriet mit seinem Karren zwischen einen Speditionswagen und einen Straßenbahnwagen. Der Karren wurde so gegen ihn geschleudert, daß er an der erlittenen schweren Verletzung im Krankenhaus starb. In das Akademische Krankenhaus mußte ebenfalls ein Fußballspieler eingeliefert werden, dem während des Spiels so auf das Schienbein gefahren wurde, daß er eine schwere Beinverletzung davontrug.

Mannheim, 19. Sept. Große Ausschreitungen. Ein 33 Jahre alter Kaufmann saß in der vergangenen Nacht im Hause eines ihm unbedeutenden Mißwobners 24 Glascheiben des Glasabslusses ein. Der Täter wurde festgenommen.

Donauwörth, 17. Sept. Wegen Falschmünzerei wurden der hiesige Buchdruckereibesitzer Emil Simon, der Photograph August Simon und dessen Ehefrau festgenommen. Wie

das „Donauwörther Tageblatt“ zu melden, wurde bei August Simon die zur Herstellung der falschen Banknoten beschaffte Einrichtung von der Staatsanwaltschaft vorgefunden. Die beiden Brüder lebten keineswegs in dürftigen Verhältnissen, sondern besaßen beide ein gutgehendes Geschäft. Dies ist schon der zweite Fall von Banknotenfälschung in Donauwörth: Erst vor wenigen Wochen wurde in München wegen desselben Verbrechens der hiesige Diplomingenieur Mayer und Sohn zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt.

Donauwörth, 19. Sept. In den aufsehenerregenden neuen Mitteilungen über die Banknotenfälschungen der Brüder Simon wird noch weiter berichtet, daß in der Person des früheren Kochs Aigner ein „Mitarbeiter“ festgestellt worden ist. Auch eine Angestellte des Photographen August Simon, eine Photographengehilfin, hat bei der Anfertigung Beihilfe geleistet. Nach der Aussage der Ehefrau des Aigner hat dieser schon für 50 000 M. falsche Banknoten in den Verkehr gebracht, 30 000 M. wurden von ihm, nachdem er aus einer zeitigen Kenntnis von der in Neuffingen erfolgten Verhaftung des Emil Simon und der Ehefrau des August Simon erhalten hatte, durch Feuer noch vor seiner Festnahme vernichtet. Der Verdacht der Beihilfe zum Verschleiß der Noten besteht noch gegen eine Anzahl anderer Personen.

Freiburg, 19. Sept. Tölpelcher Unfall. Ein älterer Krämermann stürzte vor einigen Tagen in der Sternwaldfstraße beim Ernten von Äpfeln vom Baum und fielen nach am gleichen Tage an den erlittenen schweren inneren Verletzungen. Mehrfache Betrugsereignisse, durch Verpflegung falscher Tafeldecken verübte in der Uniform eines Eisenbahnbeamten ein verheirateter Streckenarbeiter von hier.

Gundelfingen b. Freiburg, 16. Sept. Auf tragische Weise büßte hier der Feuerwehrmann Friedrich Fuchs aus Bröhlingen bei Forstheim das Leben ein. Fuchs, welcher der Feuerwehr seiner Heimatgemeinde als Leutnant angehört, wollte am vergangenen Sonntag als Teilnehmer des Badischen Feuerwehrtages in Freiburg. Dort nahm er die Einladung eines früheren Regimentskameraden an, in dessen Behausung in Gundelfingen zu übernachten. Während der Nacht nun stürzte Herr Fuchs aus noch nicht aufgeklärter Ursache aus dem Fenster des im zweiten Stockwerk befindlichen Schlafzimmers. Er wurde mit gebrochener Wirbelsäule im Hofe aufgefunden, seiner schweren Verletzung erlag er am nächsten Tage. Eine Abordnung der Feuerwehr Freiburg gab dem Toten das Geleit nach dem Freiburger Bahnhof, von wo er zur Beerdigung in seine Heimat überführt wurde.

Wülflingen, 19. Sept. Messerstechereien. Drei Messerstechereien, von denen die eine tödlich verlief, ereigneten sich in unserer Stadt. Drei Juhelente, die sich in einer Wirtschaft darüber unterhielten, wer am besten Holz aufsladen könne, gerieten darüber so in Hitze, daß ein schwerer Streit entstand, den sie auf der Straße dann mit dem Messer austrugen. Nachts gegen 2 Uhr fand eine Messerstecherei zwischen ihnen statt. Als um diese Zeit einer von ihnen, der Dienstmacht Karl Prosi, zu Hause vermisst wurde, ließ sein früherer Dienstherr, der frühere Fuhrhalter Medler, bei dem er 8 Jahre in Dienst gestanden hatte, ihn mit seinem Wolschhund suchen. In einem Schutthaufen begann das Tier zu jaulen. Bei der sofort aufgenommenen Untersuchung des Schutthaufens wurde die Leiche des Prosi denn auchutage gefunden. Als der Tat dringend verdächtig ist der gleichfalls bei Medler tätige Dienstmacht Schläger festgenommen und dem Untersuchungsamt zugewiesen worden. - Der dritte an dem Streit beteiligte Dienstmacht Bachmann trug Kopfwunden davon. - Ein anderer Messerheld ist der schon ältere Urtel von Kanbern, der dem Schuhmachermeister Hans Gas von Badenweiler mit dem Messer angriff, als dieser auf einer Radtour begriffen war. Es handelte sich um das Ausweichen auf der Straße, wobei Urtel offenbar beleidigt war, weil der Radfahrer ihn durch Klingeln zum Ausweichen veranlassen wollte. Urtel versetzte dem Gas drei Stiche in den Rücken und in die Hüftengegend. Die Verletzungen sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Siedingen, 17. Sept. Diebstahl. In die Seidenwarenfabrik Siedingen wurde in einer der letzten Nächte ein Einbruchdiebstahl verübt. Den Dieben gelang es, etwa 60 Kilogramm Roh- und Kunstseidenstoff im Werte von 100 000 M. zu entwenden. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Konstanz, 17. Sept. Falsche 50 Mark-Banknoten sind gegenwärtig sehr zahlreich hier im Umlauf. Die Bekämpfung dieses lästigen Geldes wird den Untersuchungsbehörden dadurch erschwert, daß die falschen Scheine fahrlässig, ja sogar vorläufig weiter gegeben werden. Es ist bis jetzt nur in einem Falle gelungen, einem Täter nachzuweisen, daß er einen falschen Schein als echt angenommen und diesen, trotzdem er inzwischen dessen Unrechtheit festgestellt hatte, wieder weiter ausgegeben hat. Der Betroffene hat eine harte Strafe zu gewärtigen, was als Warnung dienen dürfte.

Konstanz, 19. Sept. Die Kaufleute Hans Fochl von Konstanz, Heinrich Jost von Kreuzlingen und Karl Fink von Konstanz wurden verhaftet, weil sie mit Hilfe der Lokomotivführer Hönold und Fuchs in Konstanz Autogeduldern im Werte von mehreren tausend Mark bei Singen über die Schweizer Grenze gebracht hatten.

Stand der Feldgewächse. Nach dem neuesten amtlichen Bericht über den Stand der Feldgewächse wird mitgeteilt, daß der Stand der Kartoffeln für das Land im ganzen noch als mittelmäßig bezeichnet wird. Ueber die Ernteaussichten gehen die Meinungen noch sehr auseinander. Die Felderträge sind vielfach nur geringfügig. Die Luzernerde haben sich durch die Niederschläge ziemlich erholt, ebenso Stoppelfee, so daß noch stellenweise befriedigende Herbstfrüchte in Aussicht stehen. Die Reben stehen in den meisten Gegenden schön.

Eine alte Anstift. Wie aus Keningingen am Bodensee gemeldet wird, ereignete sich dort ein Unfall, der vielen zur Warnung dienen kann. Dort fuhr ein Mann auf dem Rad, während seine Frau hinten auf dem Aufsitze mitfuhr. Während der Fahrt stürzte sie so unglücklich ab, daß sie einen doppelten Schlüsselbeinbruch erlitt.

Korrespondenz für Auslandsposten. Infolge der andauernden Verschlechterung des deutschen Markfußes und der dadurch bedingten bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergütenden Beförderungsgebühren sieht sich die Postverwaltung zur Verhütung empfindlicher Einbußen der Reichskasse gezwungen, vom 1. Oktober ds. J. an die Gewicht- und Beförderungsgebühren im Auslandspostverkehr nach dem Verhältnis von 1 Franken gleich 16 M. (gegenwärtig 1 Frank gleich 12 M.) zu erheben. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Auslande maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

DECEAS Spar-Glühkörper
 25% Gas-Sparnis
 Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
 Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin Q17

Die nächste Schwurgerichtsperiode (4. Quartal) beginnt am Montag, 10. Oktober.

Der Regimentstabschef des Feldart.-Regts. Nr. 50, verabschiedet. Auf dringenden Wunsch des Anstaltsleiters...

Unfall. Am Samstag vormittag stürzte ein im Stadteil Kirchheim wohnender 30 Jahre alter Malermeister beim Anstreichen der Fenster im 2. Stock eines Hauses der Ernststraße ab...

Schlägerei. In einer Wirtschaft der Kaiserstraße wollte der Hausbesitzer am Samstag nach einem Streit schlichtet, der unter den Gästen entstanden war...

Landestheater. Am heutigen Dienstag kommt Halepys große Oper „Die Jüdin“ in der Neuinszenierung zur Wiederholung. Die Hauptpartien bleiben in der Besetzung der ersten Aufführung bestehen.

Stadtkonzerte. Der vorterrändigen Jahreszeit wegen werden mit Wirkung vom 20. ds. Mts. an die Dienstags- und Freitagkonzerte im Stadtpark auf die Zeit von nachmittags 4-7 Uhr verlegt.

Stadtkonzerte. Der Musikverein Harmonie veranstaltet am Dienstag nachmittags von 4-7 Uhr ein vollständiges Familienkonzert.

Vortrag. Man schreibt uns: In dem großen Weltanschauungsampel der Gegenwart und Zukunft tritt immer deutlicher als einer der Hauptkämpfer die anthroposophische orientierte Geisteswissenschaft Rudolf Steiners hervor.

Vorträge. Die Theosophische Gesellschaft veranstaltet heute und morgen abends 8 1/2 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“ Vorträge und zwar heute über „Freimaurerei und Theosophie“ und morgen über „Die Religion der Zukunft“.

Valuta-Bericht vom 18. September

Markkurs in der Schweiz ca. 5.60 Eis. Auszahlung Holland notierte 81.95 M per holl. Guld.; Schweiz notierte 17.70 M per schw. Fr.; England notierte 880 M per Pfd.-Sterl.; Frankreich notierte 7.24 M per frz. Fr.; Neuhort notierte 101.75 M per Doll.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 19. September 1921

Vorausichtige Bitterung bis Mittwoch nacht; ziemlich heiter, trocken, über Tag mild.

Wasserstand des Rheins. Schifferinsel 85, gef. 15 Ztm. Rehl 176, gef. 5 Ztm. Mainz 840, gef. 5 Ztm. Mannheim 210 gef. 10 Ztm.

Letzte Nachrichten Die Abrüstungsfrage

W.B. Genf, 19. Sept. Die gemischte Kommission für Rüstungsbeschränkungen ließ heute den Mitgliedern des Völkerbundesrates und der Versammlung einen ausführlichen Bericht zugehen. Darin sind vor allem die politischen Betrachtungen über die allgemeine Lage, besonders Deutschlands, von Interesse.

Attentat auf Stresemann

W.B. Gogen, 19. Sept. Wie die „Gogener Zeitung“ aus Lützenfeld meldet, wurde während der gestrigen Abendversammlung des Parteitag der Deutschen Volkspartei in der Schützenhalle von außen durch ein Fenster ein Revolvergeschuss auf die Rednertribüne abgegeben.

auf die Rednertribüne abgegeben. Der Abgeordnete Stresemann hatte gerade die Tribüne verlassen und dem Hög. Hugo den Platz überlassen. Es wurde niemand getroffen.

90 000 Steuerbeamte

Nach einer ungefähren Schätzung haben wir jetzt im Reich nicht weniger als 90 000 Steuerbeamte. Die neuen Steuern würden, wie in Reichstagskreisen berechnet worden ist, weitere 30 000 Steuerbeamte erfordern, sodas dann im ganzen nicht weniger als 120 000 Steuerbeamte vom Volke zu unterhalten wären.

50 Kommunisten verhaftet

München, 19. Sept. In der Nacht zum Sonntag wurden in München eine kommunistische Bezirkskonferenz ausgehoben. Im Kaffeehaus wurden 50 Personen zur Polizeimache gebracht, darunter der radikale kommunistische Würtemberger Kämpfer.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Gewerkschaftskartell.) Donnerstag, 2. Sept., abends 6 Uhr, Vertreterversammlung im Saale des „Roten Kreuzes“, Stefanienstraße 74. Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Stellungnahme zur Ortskassenwahl. Der Vorstand. Karlsruhe. (Arbeiter-Sängerkartell.) Mittwoch, den 21. 9., abends 8 Uhr, findet im Nebenraum der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße, eine wichtige Kartellversammlung statt.

Unsere Filialinhaber,

welche den „Vollfreund“ durch die Post überwiesen erhalten wollen die für Oktober benötigte Bezugszahl spätestens bis zum Samstag, den 24. September, uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Oktober nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Vollfreund“.

Von der Reise zurück Dr. Alfons Fischer Arzt für innere Krankheiten. Herrenstr. 34. Rufnummer 1091.

Bruchsaler Anzeigen. Wir teilen mit, daß in den nächsten Tagen die vom Stadtrat erlassenen neuen Wasserabgabebestimmungen den Hausbesitzern in doppelter Ausfertigung zur Unterzeichnung und Rückgabe einer Sähung zugestellt werden.

Kartenausgabe am Mittwoch, den 21. September 1921, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben H bis einschließl. K.

Die Badische Landesförstliche in Mannheim Abtlg. Preisprüfung hat die Kleinhandelsverkaufspreise für Kohlen, Holz u. Breitens für den Versorgungsbezirk Bruchsal-Stadt wie folgt festgesetzt:

Table with 5 columns: Kohlenorte, ab Eilern, ab Lager, ab Bahn, fest. Lists prices for various coal types like Ruhr-Stückkohlen, Plettschrot u. Holzschrott, etc.

Vorstehende Preise gelten als Höchstpreise und dürfen im Handel nicht überschritten werden; die Preise treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Wir geben dieses hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Bruchsal, den 17. September 1921. 2086 Kreisabteilung Bruchsal.

Mees & Löwe 46 Kaiserstr. 46 Karlsruhe i. B. 46 Kaiserstr. 46. Telefon 2493. Den Eingang aller Neuheiten für die jetzt beginnende Herbst-Saison zeigen wir hiermit an und empfehlen deren Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.

Durlacher Anzeigen. Kohlen-Ausgabe. Die bei Joh. Krumb. Ww. eingetragenen Kunden von Nr. 251 bis 600 können am Mittwoch, den 21. Sept., von mittags 1 Uhr ab...

Sie kaufen gut u. billig Ihre Musikinstrumente für Streich- und Blasorchester, sowie Pianos, Tafelklaviere, neue und gespielte, Sitar, Mandolinen, Violinen, Gitarren, Gramophone, Schallplatten (neue und wenig gespielte), Mundharmonikas von M. 3.- bis (drei- und vierstimmig) zu M. 90.-, Akordeons, Bandonions etc., großes Noten-Sortiment, unter anderem: beliebte Volksausgaben, jede Nr. M. 1.30. 1a Saitenmaterial im Musikhaus Weiß, Durlach Hauptstraße 51. - Telefon 458.

Der gute Geruch der feine Gehalt, dazu gehört die Rotfroschgestalt! Erdal putzt die Schuhe, pflegt das Leder. Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.



Henko
 Henkel's Wasch-
 und Bleich-Soda
 unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Aia-Bund.
 (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände).
 Dienstag, den 20. September d. J., abends 8 Uhr, findet im Saale des Hotel Friedrichshof, Karl-Friedrichstraße

Versammlung
 aller im Handel und der Industrie Beschäftigten Mitglieder statt.
 Tagesordnung:
 Stellungnahme zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss.
 Kolleginnen und Kollegen! Wie erwarten, daß bei der zu fallenden wichtigen Entscheidung alle unsere Kolleginnen und Kollegen erscheinen.
 Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
 6085
Bund der technischen Angestellten u. Beamten
 Deutscher Werkmeisterverband
 Zentralverband der Angestellten.

Theosophische Gesellschaft Karlsruhe.
Vorträge.
 Redner Herr O. Gebhard, Danksig 1. Vortrag: „Der Jahreszeiten“, Dienstag, 20. Sept., abends 7/8 Uhr
 2. Vortrag: „Die Religion der Zukunft.“
 Mittwoch, 21. September, abends 7/8 Uhr
 Karten zu je 5, 3 u. 2 RM, jeweils an der Abendkasse.

Freimaurerei und Theosophie.
 2. Vortrag: „Die Religion der Zukunft.“
 Mittwoch, 21. September, abends 7/8 Uhr
 Karten zu je 5, 3 u. 2 RM, jeweils an der Abendkasse.

Öffentlicher Vortrag
 von Dr. Hans Hübenacher-München
 über
„Anthroposophie und moderne Weltanschauung!“
 Eintritt frei!
 Karlsruher Arbeitsgruppen der Anthroposophischen Gesellschaft und des Bundes für Dreigliederung d. sozialen Organismus.

Verkäufer oder Verkäuferin
 für unsere Seiden-Abteilung
 gesucht.
Leipheimer & Mende.

Hochbauarbeiten für Erstellung eines Erweiterungsbaues für die Eisenbahn generaldirektion Karlsruhe, nach Planungsministerial-Verordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben: Mauer-, Kunststein-, Zimmer-, Blech-, Dachdecker- u. Schmiedearbeiten. Pläne und Bedingungen auf unserem Hochbaubüro, Eisenbahn generaldirektion, Karlsruher Hauptbahnhof, Zimmer Nr. 117 von 9-12 Uhr vormittags zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Kein Versand nach auswärtigen Angebots verschlossen und mit der nötigen Aufschrift bis längstens den 28. September 1921, 10 Uhr vormittags bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Hochbaubüro der Eisenbahn generaldirektion.

Drill-Anzüge und **feldgrüne Hosen** in allen Größen offeriert billig! 5703

Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52, Tel. 3747

Gummisohlen angesetzt ohne Nagel, Sohlen und Nägel 21.6. Von auswärts jugendliche Arbeit wird in zwei Tagen zurückschickte Schuhreparatur mit elektrischem Betrieb.
 Waldhornstr. 36
 Gebr. Martzgraben- und Hählingstrasse.

Hund entlaufen. Schnauzer, auf den Namen Mini hörend, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben bei
 Gebr. Hagener, Karlsruherstr. 46.
„Nissin“ Kopfläuse gegen Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Verderben am 25. September 1921
 betreffend.
 Gemäß 2 266 Riff. 10 R. St. G. B., § 108 Riff. 5 und 121 R. St. G. B. wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei dem am
Sonntag, den 25. September 1921, nachmittags, auf dem Rennplatz bei Klein-Rappurr
 stattfindenden Rennen angeordnet:

Der von der früheren Einmündung der Rappurrer Landkrone in die Göttinger Landkrone (am jetzigen Zügen über die Wälder nach dem Rappurrer Gemeindefeld führende Weg, ferner der auf der Ostseite des Rennplatzes am Waldende entlang führende Weg, sowie die Einmündung der Waldwege in diesen werden von nachmittags 2 Uhr an bis zum Schluß der Rennen gesperrt.
 Wagen, welche zum Rennplatz fahren und während der Rennen warten, haben sich auf der Ostseite der Göttinger Straße, südlich des Tribünen- eingangs, in einer Reihe, der erste Wagen beim Tribüneneingang anzuhalten.
 Beim Anstellen der Wagen und beim Abfahren ist den Befehlen der Polizeibehörde Folge zu leisten. Ausfuhr dürfen während der Rennen ihr Fahrvermögen nicht verlassen.
 Automobile, die zum Rennplatz fahren, dürfen die Göttinger Landkrone auf der Strecke zwischen Karlsruher und Klein-Rappurr benutzen. Für alle übrigen Kraftfahrzeuge ist die Straße von 1/2 Uhr an bis eine halbe Stunde nach Schluß der Rennen gesperrt und es haben diese Kraftfahrzeuge während der genannten Zeit den durch Beiertheim und Wäld (Scheibhardt) führenden Weg zu benutzen. Der Hof des Scheibhards in Klein-Rappurr steht zur Aufstellung der Automobile unentgeltlich zur Verfügung.
 Es wird besonders darauf hingewiesen, daß das Betreten der nördlich und südlich des Rennplatzes gelegenen Wälder verboten ist. 2083
 Karlsruhe, den 15. September 1921.
 Stad. Bezirksamt. — Polizeidirektion D. 3. 130

Wegen der noch bestehenden Seuchengefahr wird für die anlässlich der Herbstwoche vom 28. September abzunehmenden Frucht-, Vieh- und Schweinemärkte folgende Anordnung getroffen:
 1. Die Zufuhr von Rindvieh und Schweinen aus Sperbezirken und Beobachtungsgebieten ist verboten.
 2. Für sämtliche auf die Märkte verbrachten Rindviehstücke und Schweine sind Gesundheitszeugnisse beizubringen, auf welchen die seuchensichere Herkunft der Tiere bescheinigt ist.
 3. Für das im Besitze von Viehhändlern befindliche Vieh sind tierärztliche Zeugnisse beizubringen, für die übrigen Tiere genügen Gesundheitszeugnisse, welche von Fleischschauern ausgestellt sind.
 4. Für von Händlern nach Baden eingeführten Rindviehstücken und Schweine ist eine Bescheinigung beizubringen, daß diese Tiere der vorgeschriebenen 7-tägigen polizeilichen Beobachtung unterworfen waren.
 5. Für von Landwirten nach Baden eingeführten Rinder und Schweine genügt ein tierärztliches Zeugnis in welchem bescheinigt ist, daß das Vieh seuchensicher und die betr. Gemeinde seuchensicher sind.
 Karlsruhe, den 15. September 1921. 2084
 Bezirksamt — Polizeidirektion. D. 3. 131

Kleiverkaufspreise für Gemüse und Obst.
 Für die Zeit vom 20. bis 26. Sept. 1921
 gelten für das Stadtgebiet Karlsruhe folgende Richtpreise:

Gemüse:	Stück	St. Rüben o. Kraut	Pfund
Endivien	bis 70	Rotkraut	40-50
Spinatgurken	5-12	Salatgurken, Freil.	80
Feldsalat	bis 200	Stangenbohnen	bis 180
Gelberüben, ohne Kraut	bis 110	Spinat	bis 200
Kohlrabi	60-80	Tomaten	bis 700
Kohlsalat (Freil.)	Stück	weißkraut	60
Karotten mit Kraut	bis 120	Wirsing	50
Kartoffeln, neue	bis 80	Zwiebeln	bis 120
Kartoffeln, alte	bis 60	Obst:	
Kangold	40	Erdbeeren	n. Werte
Band	bis 100	Äpfel	bis 100
20-40	birnen	Kirschen	bis 100
Stück	rosäpfel	Stachelbeeren	bis 100
Reichlich	bis 30	Röhren	bis 300
Hand	70	Nüsse	bis 150
Kaharber	70	Kultre	bis 150

 Auf Grund der Befehlsanordnung der städt. Preisprüfstelle Karlsruhe vom 20. August 1920 sind die Kleiverkäufer in Karlsruhe und den Vororten verpflichtet, in ihrem Verkaufsraume einen von der Preisprüfstelle abgestempelten Preisausgang sowie an den Verkaufstischen und Warenbehältern ein Preischild anzubringen; wer dieses unterläßt macht sich strafbar. Das Verhören des Obstes von Seiten der Käufer ist verboten. 2087
 Karlsruhe, den 16. September 1921.

Musikschule
 A. Holmann, Rappurrerstrasse 46. 5967
 Unterricht für Violine u. Klavier.

In Silberbergs
Summiwaren-Haus
 Kaiserstraße 44
 kaufen Sie am vorteilhaftesten:
 Dauer-Wäsche, Wackstude, Bettelagel, Fahrradmäntel, Fahrradschlächte, Gaschlächte, Irrigatorchlächte, Serienchlächte, Kinderwagenstühle, Summi-hosenträger, Summi-bademantel, Summi-Schwämme, Luftkissen, Summi-Spritzer aller Art, Inhalatoren, Toilette-Artikel aller Art, Summi-Spielbälle, Tennis-Bälle, Summi-Puppen - abgepaßte Summi-Sohlen und Summi-Abzüge - en gros und en detail.
J. Silberberg, Kalterstr. 44
 6089

Knaben-Anzüge
 7 sehr gut erhaltene Anzüge, darunter ein fast neuer Scherwandlung, sowie 1 Falciot, Größe 1,71 m. Anzulegen Karlsruhe 90/02, 6078.

Chailongues
 neue, von 300 RM. an zu verk. Posternobelhaus Adler, Schützenstraße 25.
Kleider, Schuhe,
 Wäsche etc. läuft stets zu höchsten Preisen 6087
S. Arelrad, Tel. 3980
 Eisenweinst. 32, 11.

STADTGARTEN
 Dienstag, den 20. September, nachm. von 4-7 Uhr
Volkstümliches Familien-Konzert
 (Musikverein Harmonie).
 Eintritt: 1 M. 20 Pf. (Jahreskarten), 2 M. 20 Pf. (Sonstige), Kinder je die Hälfte.
 Vorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. 2085

STADTGARTEN
 Mittwoch, den 21. September, abends von 8-11 Uhr
 (nur bei gutem Wetter) 2086
Volkstümliches Konzert
 (Kapelle des Musikvereins Karlsruhe).
 Eintritt (ermäßigter): 60 Pf. (Jahreskarten), 1 Mk. (Sonstige). Kinder je die Hälfte. - Kartenvorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens.

MÖBEL
 Schlafzimmer verschiedene Holzarten, 2- u. 3-türig
 Speisezimmer schöne, moderne Formen
 Wohnzimmer poliert und eichen gewicht
 Herrenschränke dunkel eichen gewicht
Kücheneinrichtungen, Einzelmöbel und Betten.
 Gute Arbeit, bekannt billige Preise, Lieferung frei. Für gekaufte Sachen auf spätere Lieferung kostenlose Aufbewahrung
K. EPPLE, Steinstrasse 6
 früher Kaiserstrasse 19, Telefon 1581. 5910

Bad. Landestheater
 Dienstag, 20. Sept. 6 1/2 bis nach 10 Uhr. 6 17.-
Die Jüdin.

Becht-heimer Weißwein
 Alter Kar 10.-
 1/2 Liter Kar 2.50 mit Steuer, empfiehlt
C. L. Schinger
 33 Marienstrasse 33
 6085
 Schöne möbliertes Zimmer an vermieten. Mathystraße 21, 5. St.
 3 jüngere Herren suchen kleineres möbliertes Zimmer zu kleineren Zusammenkünften. Offerten unter Nr. 6087 an das Volksfreundbüro erbeten.

Blauer Rindermantel
 (Kleider Jacke) mit Wäsche für das Alter von 8 bis 12 Jahren, nur einmal getragen, billig zu verkaufen: Zachnerstr. 4, b.
In verkaufen:
 7 sehr gut erhaltene Anzüge, darunter ein fast neuer Scherwandlung, sowie 1 Falciot, Größe 1,71 m. Anzulegen Karlsruhe 90/02, 6078.

Knaben-Anzüge
 7 sehr gut erhaltene Anzüge, darunter ein fast neuer Scherwandlung, sowie 1 Falciot, Größe 1,71 m. Anzulegen Karlsruhe 90/02, 6078.

Auf Leihzahlung
 erhalten Sie komplette Möbel-Einrichtungen und einzelne Möbel unter günstigen Zahlungsbedingungen von großer Robustheit und strengster Verschwiegenheit. Angebote unter Nr. 6042 an das Volksfreundbüro erbeten.
Chailongues
 neue, von 300 RM. an zu verk. Posternobelhaus Adler, Schützenstraße 25.
Kleider, Schuhe,
 Wäsche etc. läuft stets zu höchsten Preisen 6087
S. Arelrad, Tel. 3980
 Eisenweinst. 32, 11.

Original Oberbayerisches Bauerntheater (Falkentheater)
 25. September bis 2. Oktober
 Wollm-Theater Karlsruhe, Marienstrasse
 Beginn abends 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr
 Donnerstag, den 22. September
 Ludwig Ganghofer's bestes Volksstück
Der Herrgottschnitzer v. Ammergau
 Oberbayerisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Ludwig Ganghofer und Neuert
 Freitag, den 23. September
Wildatz vom Hohengrund
 Oberbayerisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Ruff und Ray Dorwig
 Samstag, den 24. September
A'menrausch und Edelweiß 6079
 Oberbayerisches Charaktergemälde mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Dr. S. Schmid und Neuert

Kragen-wascherai Schorpp
 wäscht und bügelt in alt bekannter Ausführung. 6082
 Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Gemeinde-Sparkasse Gaggenau
 Rathaus Zimmer 5.
Neu eröffnet 16. Juli 1921.
 Annahme von Spargeldern zu 4% variabilen von dem der Einzahlung folgenden Tage. Aufbewahren von Wertpapieren aller Art in feuersicheren Tresoren.
 Giro-, Scheck- und Überweisungsverkehr.
 Giro-Einlagen werden mit 3 1/2% verzinst.
 Kassenstunden: Vormittags 9-12 1/2 Uhr. 1893
 Nachmittags 3-5 Uhr.

Offenburger Anzeigen.
Lehesholzjammeln im Stadtwalde.
 Das Lehesholzjammeln im hiesigen Stadtwalde hat einen solchen Umfang angenommen, daß um erhebliche Beschädigungen zu verhüten, Einschränkungen geboten erscheinen.
 Es wird daher angeordnet:
 1. Das Lehesholzjammeln im Stadtwalde ist nur am Donnerstag, und nur solchen bedürftigen Personen gestattet, die im Besitze eines Lehesholzjammels sind.
 2. Die Ausstellung des Lehesholzjammels ist beim Stadtrat - Zimmer Nr. 8 - zu beantragen. Seine werden nur an bedürftige Personen abgegeben.
 3. Die Mitnahme und der Gebrauch jeglicher Werkzeuge ist strengstens untersagt; diejenige Person, welche mit einem Werkzeug angetroffen wird, erhält den Lehesholzjammeln entzogen.
 4. Das Abbrechen, Ab- oder Auswachen oder Umstürzen von stehendem Holz, auch wenn es durch die strengsten Verbote; es darf also nur das auf dem Boden liegende Lehesholz mitgenommen werden.
 5. Es ist verboten, bei eintretender Dunkelheit noch im Wald Holz zu sammeln.
 Wer gegen die erlassenen Vorschriften verstößt, wird strengstens bestraft.
 Offenburg, den 16. September 1921.
 Der Stadtrat. Das Fortamt.

Baden-Baden.
Käse-Abgabe.
 In der städtischen Molkerei, Bahnhofsstraße 3, wird in der Zeit von morgens 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, Markt an die Bevölkerung abgegeben. 2080